

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01. Oktober 2018

AKTUELLES

Fördermilliarden für 34 Universitäten	2
Studie: Geringqualifizierte und Arme bilden sich selten weiter	4
Digitalpakt des Bundes wackelt im Bundestag	5
Lehrer: Nachholbedarf bei Digital-Ausstattung	7
Vermarktung von Kindern im Netz nimmt zu	7
Ist der Musikunterricht an Schulen in Gefahr?	9

KULTURPOLITIK

Oper Frankfurt erneut „Opernhaus des Jahres“	11
Nächster Akt des Nobelpreis-Dramas	12

BERUF UND WEITERBILDUNG

Millionen Deutsche verdienen nur Niedriglöhne	18
Breites Bündnis in Bayern für die Weiterbildung	19

FORSCHUNGSPOLITIK

Deutschlands schnellster Rechner gestartet	22
Ist 1,5-Grad-Klimaerwärmungs-Ziel zu halten?	23
Alt, männlich, amerikanisch – Wann gibt es andere Nobelpreisträger?	25

HOCHSCHULE

Nur wenig kranke Studenten beantragen Hilfe	30
Ministerin Bauer bleibt trotz Vorwurfs der „Lüge“ im Amt	31

SCHULE

Berlin fördert Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Schulen	35
Bremer Senatorin nimmt Inklusionskinder vom Gymnasium	37
Niedersachsen will 1300 neue Lehrer einstellen	39

VORSCHULE

SPD: Bayern muss Personalmangel in Kitas bekämpfen	41
--	----

TERMINE	42
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT)	46
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Fördermilliarden für 34 Universitäten

Bonn (dpa) – In der Hochschulförderung erhalten 34 Universitäten hohe Summen von Bund und Ländern. Sie bilden 57 sogenannte Exzellenzcluster, die in einem aufwendigen Verfahren für eine Förderung ihrer Projekte ausgewählt wurden, wie Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) am 27. September in Bonn mitteilte.

Diese Forschungsnetzwerke verschiedener Wissenschaftsdisziplinen erhalten zusammen über sieben Jahre hinweg rund 385 Millionen Euro pro Jahr, insgesamt fast 2,7 Milliarden Euro. Das Geld soll zu 75 Prozent vom Bund und zu 25 Prozent vom jeweiligen Land kommen. 40 der Cluster sind an einer einzelnen Universität angesiedelt, 14 an zwei Unis und drei gemeinsam an drei Hochschulen. Für die Spitzenforschung werde ein neues Kapitel aufgeschlagen, sagte Karliczek.

88 Förderanträge waren in die Endrunde gegangen, aus ihnen wählten Wissenschaftler sowie die Bildungsminister von Bund und Ländern die Gewinner aus. Die hohe Zahl bewilligter Anträge zeige die Breite, in der in Deutschland Spitzenforschung betrieben werde, sagte die Vizechefin der Gemeinsamen Wissenschaftskommission des Bundes und der Länder, die Bremer Wissenschaftssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD). Neben großen Universitäten zählten auch kleinere Hochschulen zu den Siegern.

Unis in Bonn, München und Berlin zählen zu den Gewinnern

Zu den Gewinnern mit den meisten bewilligten Förderanträgen zählt die Uni Bonn, die vier Cluster alleine bestreitet und an zwei weiteren beteiligt ist. Die Ludwig-Maximilian-Universität und die Technische Universität München haben mit vier gemeinsamen Projekten gewonnen. Die Uni Hamburg hat vier Anträge bewilligt bekommen.

Die Freie Universität Berlin ist mit zwei allein betriebenen Clustern und einem in Kooperation mit anderen vertreten. Die Berliner Humboldt-Uni hat insgesamt vier Projekte bewilligt bekommen, davon hat sie eines allein auf die Beine gestellt. Die Technische Universität Berlin ist an zwei dieser Verbundcluster beteiligt.

Berlin konnte sich damit im bundesweiten Wettbewerb als Stadt die meisten Forschungsprojekte sichern. „Mit rund 320 Millionen Euro an Fördervolumen und mehr als tausend neuen Arbeitsplätzen ist das ein enormer Schub für unsere gesamte Stadt“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD).

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

Die Technische Hochschule Aachen gewinnt mit zwei Clustern alleine und ist Partner bei einem weiteren. Dreifach Grund zur Freude hat die Uni Tübingen mit allein eingereichten Anträgen. Insgesamt dreimal gewonnen hat die TU Dresden, davon zweimal allein.

Weitere Gewinnercluster sind eingereicht worden von der Universität Bayreuth, der Ruhr-Uni Bochum, der TU Braunschweig, der Uni Bremen, der Uni Freiburg, der Uni Göttingen, der Medizinischen Hochschule Hannover, der Uni Hannover, der Uni Heidelberg, der Uni Jena, der Uni Kiel, der Uni Köln, der Uni Konstanz, der Uni Mainz, der Uni Münster und der Uni Stuttgart. Weitere Hochschulen sind in Kooperationen vertreten.

Breites Themenspektrum von Umwelt bis Medizin

Zu den Themen der Forschungsprojekte zählen der Klimawandel, Präzisionsmedizin, computerbasiertes Bauen, das Internet der Produktion oder Robotik für die Nutzpflanzenproduktion.

In dem Wettbewerb um die neuen Exzellenzcluster waren nach einer Ausschreibung im September 2016 im April 2017 zunächst 195 Antragskizzen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingereicht worden. DFG-Präsident Peter Strohschneider sagte, der Abstand der Projekte sei hauchdünn gewesen. Die Exzellenzcluster sind eine Säule der sogenannten Exzellenzinitiative.

Der Grünen-Bildungsexperte Kai Gehring sagte: „Exzellenz in der Forschung anzureizen ist wichtig, um sozial-ökologische Innovationen für künftigen Wohlstand zu entfachen.“ Zugleich mahnte er mehr dauerhafte Mittel an: „Die vielerorts stagnierende oder gar erodierende Grundfinanzierung von Universitäten und Fachhochschulen bleibt das Hauptproblem des deutschen Wissenschaftssystems.“

Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen über eine Nachfolge des Hochschulpakts forderte Gehring, Bund und Länder müssten den Hochschulpakt dauerhaft schmieden und die Summen jährlich um drei Prozent erhöhen. Beim Hochschulpakt stellen der Bund für neue Plätze an den Hochschulen 2007 bis 2023 rund 20 Milliarden Euro bereit, die Länder rund 18 Milliarden.

Basil Wegner (Berlin)

Internet:

- Mitteilung zur Endrunde <http://dpaq.de/vsynP>
- Liste der antragstellenden Hochschulen <http://dpaq.de/5PNNt>
- DFG mit Liste der Gewinner <http://dpaq.de/8DyRo>
- Karte mit den Exzellenzclustern <http://dpaq.de/pmHIU>

Studie: Geringqualifizierte und Arme bilden sich selten weiter

Gütersloh (dpa) – Die Menschen in Deutschland bilden sich laut einer Studie nur selten weiter. Nur etwa jeder Achte ab 25 Jahren hat nach dem „Weiterbildungsatlas 2018“ im Jahr 2015 an einer allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Das waren 12,2 Prozent der Bevölkerung ab 25 Jahren aufwärts – und bedeutet eine leicht sinkende Tendenz im Vergleich zu 12,6 Prozent im Jahr 2012, wie die Bertelsmann-Stiftung am 25. September mitteilte.

Auffällig: Der ohnehin schon niedrige Durchschnittswert werde von der Gruppe der Geringqualifizierten mit einer Quote von 5,6 Prozent noch klar unterschritten. Hier bestehe deutschlandweit Handlungsbedarf, betonte die Stiftung in Gütersloh zum Deutschen Weiterbildungstag am 26. September.

Auch die Gruppe der von Armut bedrohten Menschen – sie verfügen über weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens – nehme mit einer Quote von 7,7 Prozent nur selten an einer Weiterbildung teil. In beiden Fällen beziehen sich die Zahlen auf eine Altersspanne zwischen 25 und 54 Jahren.

Die Ergebnisse sind auch vor dem Hintergrund einer am 25. September veröffentlichten Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags brisant. Demnach wirken sich berufliche Weiterbildungen – insbesondere im Bereich der höheren Berufsbildung – unter Umständen als Garantien für Beschäftigung und Karrieremöglichkeiten aus. 65 Prozent der Befragten sprachen von einem positiven Effekt von Weiterbildungen auf den Berufsalltag.

Weiterbildung zahlt sich in vielerlei Aspekten aus

In den meisten Fällen mache sich das in einer höheren Position, gesteigerter Verantwortung und einem besseren Gehalt bemerkbar. Zugleich mangelt es in Deutschland an Facharbeitern – eine höhere Weiterbildungsquote dürfte auch deshalb im Interesse von Politik und Unternehmen liegen.

Frank Frick, Experte der Bertelsmann-Stiftung, sagte, die Politik propagiere lebenslanges Lernen und appelliere immer wieder an die Bevölkerung, sich zu engagieren. „Aber zugleich gehen die Ausgaben von Bund und Ländern dafür seit Jahren deutlich zurück.“ Und zwar in einem zweistelligen Prozentbereich.

Dieser Absenkung gehe zu Lasten der Geringqualifizierten – die keinen berufsbildenden Abschluss haben – und der einkommensschwachen Haushalte. „Die öffentliche Hand hat Weiterbildungsmaßnahmen immer

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

weiter zurückgefahren, und die Menschen investieren selbst privat. Das können sich aber Ärmere oft nicht leisten.“

Stiftungsvorstand Jörg Dräger forderte eine bessere Beratung und eine finanzielle Förderung für ärmere und gering qualifizierte Menschen. Wichtigste Einrichtungen öffentlicher Weiterbildung sind die Volkshochschulen. Auch Betriebe, gewerkschaftliche oder konfessionelle Träger machen Angebote.

Bei der Auswertung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – auf Datenbasis des aktuellsten Mikrozensus von 2015 – zeigten sich erhebliche regionale Unterschiede mit einer Spannweite zwischen 7,8 Prozent Weiterbildungsquote für das Schlusslicht Saarland und 15,3 Prozent für den Spitzenreiter Baden-Württemberg. Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen liegen mit gut 13 Prozent im oberen Bereich, das bevölkerungsreichste Bundesland NRW mit 10,7 Prozent klar unter dem Bundesschnitt.

Yuriko Wahl-Immel (Dortmund)

Digitalpakt des Bundes wackelt im Bundestag

Berlin (dpa) – Der versprochene Digitalpakt des Bundes für die Schulen steht auf wackligen Füßen. Die dafür notwendige Grundgesetzänderung bleibt vorerst ungewiss. Zum Start der Bundestagsberatungen über das Vorhaben machten Linke, FDP und Grüne am 28. September im Plenum deutlich, dass ihnen die Pläne nicht ausreichen. Der AfD gehen sie zu weit. Die Bundesregierung braucht für das Vorhaben aber eine Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Die Grundgesetzänderung soll die Digitalisierung von Deutschlands Schulen ermöglichen, für die der Bund ab Anfang 2019 in fünf Jahren fünf Milliarden Euro zahlen will. Zudem sollen hohe Summen für sozialen Wohnungsbau und den Schienen-Nahverkehr der Kommunen fließen.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) warb für die Pläne. Die Länder blieben für Bildung zuständig. Der Bund müsse sie aber stärker unterstützen. Zudem liege Deutschland mit seinen Metrosystemen international hinten. In vielen Städten wie Paris werde es massiv ausgebaut. Es sei „absolut notwendig“, dass der Bund hier einen Beitrag leiste, sagte Scholz.

FDP und Grüne wollen Bundesbeteiligung in der Bildung ausbauen

FDP und Grüne legten erstmals in dieser Wahlperiode einen gemeinsamen Antrag vor. Darin fordern sie, Bund und Länder sollten stärker als geplant für Qualität, Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung des Bildungswesens

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

zusammenwirken können. Sie wollen also das sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich deutlich stärker einschränken. Dieses besagt bisher, dass der Bund die Länder bei der Bildung weitgehend alleine machen lassen muss, außer zum Beispiel bei zeitlich befristeten Projekten etwa der Hochschulfinanzierung.

FDP-Chef Christian Lindner ermahnte die schwarz-rote Koalition, auf die Opposition einzugehen: „Sie haben keine verfassungsändernde Mehrheit.“ Der Bund dürfe Länder und Kommunen nicht auf Dauer allein lassen. Die Koalition wolle die Tür für eine Reform des Bildungsföderalismus nur einen kleinen Spalt öffnen. „Die Grünen und Liberalen wollen den Spalt vergrößern und den Bildungsföderalismus auf den Prüfstand stellen.“ Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, Bund und Länder müssten sich etwa auch bei der Ausbildung von Fachpersonal zusammentun können.

Die Linke will mehr Bundesverantwortung – die AfD weniger

Die Linke fordert eine komplette Aufhebung des Kooperationsverbots, wie Fraktionsvize Gesine Löttsch deutlich machte. „Ich kann Ihnen die Unterstützung der Linken anbieten, wenn sie radikal mit dem Kooperationsverbot brechen.“

Die AfD lehnt die Pläne mit der Begründung ab, dass eine zu starke Rolle des Bundes drohe. Ihr Abgeordneter Götz Frömmering warf dem Bund vor, er wolle sich mehr Einflussmöglichkeiten verschaffen und auch die Schulen über die geplante Digitalisierung kontrollieren.

Der CDU-Haushaltsexperte Eckhardt Rehberg mahnte: „Diese Reform wird ihren Zweck nicht erreichen, wenn wir nicht dafür sorgen, dass das Geld auch wirklich vor Ort ankommt und nicht zweckentfremdet durch die Länder eingesetzt wird.“ In der Vergangenheit sei Bundesgeld von den Ländern immer wieder gehortet, in Rückstellungen gesteckt oder zweckentfremdet worden. Vorgesehen sei deshalb, dass der Bundesrechnungshof die Verwendung der Fördermittel überprüft.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte schon deutlich gemacht, dass sich seine grün-schwarze Landesregierung gegen die geplante Grundgesetzänderung stemmt. Er hatte vor Kompetenzverlusten der Länder gewarnt. Mehr Geld für die Länder könne man auch über die Steuerverteilung ausverhandeln.

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- Gesetzentwurf Grundgesetzänderung <http://dpaq.de/Why7J>
- AfD-Antrag <http://dpaq.de/LPuWO>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

- FDP-Grünen-Antrag <http://dpaq.de/OpgNy>
- Bildungsministerium zu Bund-Länder-Zusammenarbeit <http://dpaq.de/83Y2r>
- Artikel über Kooperationsverbot <http://dpaq.de/Gt2SG>

Lehrer: Nachholbedarf bei Digital-Ausstattung

Berlin (dpa) – Viele Lehrer in Deutschland sehen enormen Nachholbedarf an ihren Schulen bei der digitalen Ausstattung und bei Sanierungen der Gebäude. 82 Prozent der Befragten einer neuen Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stufen die Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen als wichtig ein. 59 Prozent halten größere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an ihrer Schule für dringend notwendig.

Die GEW hatte ihre Mitglieder an den Bildungseinrichtungen befragen lassen. GEW-Chefin Marlis Tepe forderte Bund und Länder dazu am 24. September auf, den Weg für den geplanten milliardenschweren Digitalpakt und die Grundgesetzänderung frei zu machen. „Die Regierung ist dringend gefordert, jetzt die Mittel zur Verfügung zu stellen“, sagte Tepe.

Der milliardenschwere Sanierungsstau sei ein „Armutszeugnis“ für Deutschland. Bund und Länder müssten dringend in einem Schulterschluss die Missstände bekämpfen. Tepe warf dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) eine zögerliche Haltung zur geplanten Grundgesetzänderung vor: „Ich kann nicht verstehen, dass insbesondere Herr Kretschmann aus Baden-Württemberg sich so dagegen wehrt.“

Dringende Anforderungen für viele Lehrer sind laut der Umfrage die technische Wartung und Betreuung der digitalen Ausstattung, die Bereitstellung von Hardware, eine umfassende Fortbildung sowie die Verfügbarkeit von W-LAN. Bei den Gebäuden wünschen sich viele unterschiedliche Funktionsräume, Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte und persönliche Arbeitsplätze für Lehrende.

Internet:

- GEW <http://dpaq.de/4eEFw>

Vermarktung von Kindern im Netz nimmt zu

Berlin (dpa) – Mama, Papa und die Handykamera sind immer dabei – beim Kindergeburtstag, auf dem Campingplatz, beim Kuchenbacken. Hunderttausende Menschen verfolgen im Internet, wie kleine Kinder aufwachsen, viele kommentieren das auch. Dem Deutschen Kinderhilfswerk wird das Phänomen langsam ein wenig unheimlich. „Da geht es um Persönlich-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

keitsrechte, Privatsphäre und die Instrumentalisierung von Kindern“, sagt Luise Meergans, Bereichsleiterin für Kinderrechte und Bildung. Sie wünscht sich mehr Kontrollinstanzen – und mehr Verantwortung bei Eltern.

Mamablogs, Papablogs – manche Eltern haben das Internet mit seinen sozialen Netzwerken schon lange als Geschäftsidee entdeckt. Je mehr Abonnenten sie haben, desto interessanter wird das auch für Anbieter-Plattformen, Stichwort Werbung. Und auch klassische Unternehmen nutzen Blogs und andere private Internetauftritte inzwischen gern für Werbung – Product Placement gegen Geld.

Influencer heißen Privatleute, die hinter solchen Angeboten stehen. Doch was ist, wenn Eltern ihre kleinen Kinder Bauklötze oder Knetgummi in die Kamera halten und für die Marken schwärmen lassen? Am 27. September machte das Kinderhilfswerk mit einem Fachtag auf dieses wachsende Phänomen aufmerksam.

Rund 30 000 Influencer vertreiben in Deutschland inzwischen ihre Videos über YouTube, Facebook oder Instagram, wie Thomas Krüger, Präsident des Kinderhilfswerks, im Interview der „Süddeutschen Zeitung“ sagte. Insgesamt lägen die Einnahmen daraus bei rund 560 Millionen Euro. Bis 2020 könne die Summe auf eine Milliarde Euro anwachsen. Zu Kindern in diesem Geschäft lägen keine qualifizierten Zahlen vor.

Kinder auf YouTube fragwürdig – aber legal

Strafbar ist das alles nicht. Doch Luise Meergans wird hellhörig, wenn Kinder die Hauptrolle spielen: Sechsjährige, die auf YouTube Spielzeug oder Apps testeten. Zehnjährige, die bei Snapchat Einblicke in ihre Freizeit gewährten. Und Vierzehnjährige, die auf Instagram Mode- und Schminktippis gäben.

„Kinder sind nicht mehr allein Rezipienten dieser Angebote, sie sind auch Akteure“, beobachtet Meergans. Da sei für sie die Frage, wie freiwillig das alles noch sei. Denn manche Eltern hätten ihre Jobs an den Nagel gehängt, um mit Internet-Angeboten rund um den Nachwuchs den Lebensunterhalt zu verdienen.

„Viele Eltern meinen das schon gut“, sagt Meergans. „Oder sie denken, ihr Kind wird berühmt. Und das wünscht sich eine Achtjährige ja vielleicht auch.“ Dennoch könne der Schutzgedanke manchmal auf der Strecke bleiben. Da gehe es nicht allein um Filmaufnahmen im Badeanzug oder beim Aufwachen.

„Die Länge und Häufigkeit mancher Auftritte ist schon eine Form von Kinderarbeit“, urteilt sie. Nur, dass für Kinderschauspieler bei Filmen sehr ge-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

naue Regeln gelten – bis hin zur Zustimmung des Jugendamts. Bei Mutter und Vater hinter der Kamera gebe es dagegen keine Auflagen.

Meergans sieht auch die Anbieter von Internet-Plattformen in der Verantwortung, wenn Familien dort ein öffentliches Leben führen. „Auch die Anbieter verdienen damit Geld. Aber es gibt bisher keinen Meldemechanismus und keine Kontrollinstanz.“ Sie sieht auch Regulierungsbedarf für Werberäte.

Was Kinderschützer vor allem befürchten, ist ein Aufweichen des Kinderschutzes. „Schon Dreijährige wehren sich gegen Fotos und sagen: Mach das weg“, sagt Meergans. „Kinder haben auch ein ganz anderes Verständnis von Niedlichkeit und Peinlichkeit als Erwachsene.“ Doch oft würden sie wahrscheinlich gar nicht gefragt, bevor ein Film mit ihnen im Netz landet. „Ich habe als Kind aber einen Anspruch darauf, dass meine Eltern mich fragen, ob ich das überhaupt will“, betont Meergans.

Ulrike von Leszczynski (Berlin)

Internet:

- Fachtag Deutsches Kinderhilfswerk <http://dpaq.de/DYFnN>

Ist der Musikunterricht an Schulen in Gefahr?

Hannover (dpa) – Der Bundesverband Musikunterricht hat vor einer weiteren Abwertung des Schulfachs Musik gewarnt. Viele Schulen hätten nur einen Musiklehrer – wenn der krank sei, falle der Unterricht aus, sagte Verbandspräsident Ortwin Nimczik der Deutschen Presse-Agentur. Zunehmend werde Musik von Seitensteigern oder Pädagogen unterrichtet, die das Fach gar nicht studiert haben, kritisierte er. Da Fachlehrer fehlen, plädierte der Professor der Hochschule für Musik in Detmold für die Weiterbildung von musikaffinen Lehrerinnen und Lehrern, gerade an Grundschulen, wo der Mangel besonders groß ist. Dafür müssten die Länder auch Geld ausgeben, forderte Nimczik.

Vom 26. bis 30. September kommen über 1500 Musikpädagogen aus ganz Deutschland zum 4. Bundeskongress Musikunterricht in Hannover zusammen. Bundesweit gibt es rund 40 000 Musiklehrer für rund 8,3 Millionen Schülerinnen und Schüler. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis werde angesichts einer Pensionierungswelle und steigender Schülerzahlen in den nächsten Jahren nicht besser, befürchtet der Verbandschef. Zudem gebe es – auch wegen der Unterrichtsausfälle – weniger Jugendliche, die Musik in der Oberstufe als Schwerpunkt wählten und anschließend studierten.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - AKTUELLES

Nimczik plädiert für eine größere Wertschätzung für das Schulfach Musik und für Musiklehrer. „Die künstlerischen Ausbildungen an den Musikhochschulen boomen“, berichtete der Hochschullehrer. Viele Studierende entscheiden sich für ein Instrument, obwohl sie wissen, dass sie kaum Chancen auf eine feste Anstellung als Orchestermusiker haben. Der Sektor der Musiklehrer dagegen stehe vor ähnlichen Problemen wie das Handwerk – trotz hervorragender Auftragslage fehle der Nachwuchs, sagte Nimczik. „Dagegen gehen wir an.“ Die musikalische Bildung dürfe nicht zur Privatsache werden.

Singen, bewegen, tanzen – Musik in der Schule habe viele Facetten, betonte der Verbandschef. Es gehe um Kommunikation und Kreativität. „Musik kann nicht die Welt verändern, aber ihr Verständnis fördert Vorurteilsfreiheit und Offenheit.“

Christina Sticht (Hannover)

Internet:

- Bundeskongress Musikunterricht <http://dpaq.de/u4iFx>

Studie: Mehr Bewegung verbessert Leistungen

Hannover (dpa) – Ab und zu durch das Klassenzimmer flitzen – das tut Kindern gut und verbessert ihre Leistungen. So lautet das Zwischenfazit einer Studie der Medizinischen Hochschule Hannover. Sportwissenschaftler und -mediziner begleiten Zweit- und Fünftklässler seit gut eineinhalb Jahren, wie die Hochschule am 27. September mitteilte.

In dieser Zeit verbesserten die Kinder ihre Ausdauer, Koordination und Kraft quasi nebenbei, erklärte der Direktor des Instituts für Sportwissenschaft, Uwe Tegtbur. In fünfminütigen Einheiten während der Schulstunde könnten die Kids ihren Bewegungsdrang ausleben, und sich dann wieder auf den Unterricht konzentrieren. Zum Beispiel lösten die Kinder Rechenaufgaben, während sie joggen.

Auch die Gesundheit der Kinder verbesserte sich im Verlauf der Studie. So setzten die Sport treibenden Kinder weniger Bauchfett an, als die nicht aktiven Kinder der Studie. Auch die Gefäße der aktiven Kinder seien gesünder. Verengte Gefäße und Bauchfett sind nach Angaben der Hochschule Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Krankheiten. „Rebirth“, übersetzt „Wiedergeburt“, taufen die Forscher ihre Arbeitsgruppe.

KULTURPOLITIK

Oper Frankfurt erneut „Opernhaus des Jahres“

Frankfurt/Main/Berlin (dpa) – Die Oper Frankfurt ist erneut zum „Opernhaus des Jahres“ gewählt worden. Damit erhält das Haus am Willy-Brandt-Platz nach 1996, 2003 und 2015 bereits zum vierten Mal den begehrten Titel des Fachmagazins „Opernwelt“. Die befragten Musikkritiker lobten vor allem „ein klug ausbalanciertes Programm, starke Regiehandschriften, eine exzellente Repertoirepflege und hohe Ensemblekultur“, wie der Verlag am 28. September in Berlin mitteilte.

„Offensichtlich haben wir hier in Frankfurt eine glückliche Hand bei der Auswahl der Dirigenten und Sänger. Renommiertere Regisseure und Ausstatter kommen gerne hier her, sie fühlen sich verstanden“, sagte Intendant Bernd Loebe. Erst im August hatte die Oper Frankfurt in der Autorenumfrage des vom Bühnenverein herausgegebenen Magazins „Die Deutsche Bühne“ den Spitzenplatz in der Kategorie „Überzeugende Gesamtleistung eines Hauses“ eingenommen – zum neunten Mal bereits.

Ausgezeichnet wurden auch zwei Künstler für ihre herausragenden Arbeiten in Frankfurt: Zum „Sänger des Jahres“ wählte die „Opernwelt“ den Bariton Johannes Martin Kränzle. Der Sänger überzeugte die Kritiker vor allem in der Rolle des Siskov in der Oper „Aus einem Totenhaus“. Kränzle war lange Ensemblemitglied der Oper Frankfurt und erhielt den Titel im Jahr 2011 schon einmal. Für seinen Entwurf in Brigitte Fassbaenders „Capriccio“-Inszenierung wurde Johannes Leiacker zum „Bühnenbildner des Jahres“ gekürt.

Loebe kündigte an, sein Konzept der Programmgestaltung künftig beizubehalten – jedoch mehr bekannte Opern anzubieten. Für die Spielzeit 2019/20 stellte er daher auch eine Neuinszenierung von Richard Wagners Oper „Tristan und Isolde“ in Aussicht. Die Oper Frankfurt ist dafür bekannt, einen Mix aus selten gespielten Werken und großen Publikumsmagneten zu zeigen.

Die gemeinsam mit dem Schauspiel in einer Doppelanlage aus dem Jahr 1963 untergebrachte Oper steht vor einer ungewissen Zukunft: Das Gebäude ist marode. Eine Sanierung würde ebenso wie ein Abriss und Neubau laut Gutachten aus dem Jahr 2017 rund 890 Millionen Euro verschlingen.

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- Oper Frankfurt <http://dpaq.de/hqTCP>

Nächster Akt des Nobelpreis-Dramas

Stockholm (dpa) – Eigentlich hätte es zu dieser Zeit schon begonnen: Das Warten, das Spekulieren, die Geheimniskrämerei. Wer könnte den Literaturnobelpreis bekommen? Denn am ersten oder zweiten Donnerstag im Oktober wird der wichtigste Literaturpreis der Welt normalerweise verkündet. Mit ernster Miene tritt die Jury dann durch die hohe, goldverzierte Tür der Schwedischen Akademie in Stockholm, die Literaturwelt hält den Atem an – und meistens gibt es eine Überraschung. In diesem Jahr aber gehen alle Spekulationen ins Leere. Es wird keinen Literaturnobelpreis 2018 geben.

An den Kandidaten liegt es nicht. Denn ihre Shortlist mit fünf Namen hatte die Jury dem Vernehmen nach schon zusammen. Das war im Frühjahr, bevor sich das so auf Würde, Ehre und Aufrichtigkeit bedachte Gremium selbst zerfleischte. Der größte Skandal seit der Gründung der Schwedischen Akademie 1786 zerstörte das Vertrauen, beschädigte den Ruf.

Es ist ein Drama in mehreren Akten: Zuerst der Vorwurf, Jean-Claude Arnault, der Ehemann von Akademiemitglied Katarina Frostenson, habe Frauen sexuell belästigt. Eine Untersuchung bestätigte „unakzeptables Verhalten in Form von unerwünschter Intimität“. Inzwischen sitzt Arnault in Untersuchungshaft. Doch damit nicht genug: Das Paar soll sich selbst Fördergelder zugeschanzt und die Namen von Nobelpreisträgern ausgeplaudert haben. Das kann angesichts der lebhaften Wettgemeinde durchaus lukrativ gewesen sein.

Nur neun aktive Mitglieder in der Jury – zu wenige

Erst versuchte die Akademie, die Skandale kleinzureden. Dann legten namhafte Mitglieder die Arbeit nieder. Die einflussreiche Juryvorsitzende Sara Danius musste gehen. Von den einst „ehrwürdigen 18“ waren plötzlich nur noch 9 Mitglieder aktiv – so wenige, dass der sonst so zurückhaltende schwedische König Carl XVI. Gustaf seine „große Sorge“ über die Arbeitsfähigkeit der Akademie ausdrückte. So wenige auch, dass sie allein keine neuen Mitglieder berufen konnten.

Seitdem siecht die Schwedische Akademie dahin. Man fetzt sich, langt im Wortgefecht immer wieder unter die Gürtellinie. Die Sache ist noch lange nicht vom Tisch – auch wenn im Sommer etwas Ruhe einkehrte. Die jahrhundertealten Statuten wurden um eine Loyalitätspflicht ergänzt. Kurzzeitig schien es sogar, als könnten drei passive Mitglieder zurückkehren und damit die Wahl neuer Mitglieder ermöglichen. Die „ehrwürdigen 18“ könnten zumindest wieder „18“ sein – wenn sie sich ihren Ruf auch erst wieder erarbeiten müssten.

Doch die drei – Kjell Espmark, Peter Englund und Sara Danius – ruderten zurück. „Möglicherweise – möglicherweise“ könnten sie an wichtigeren Abstimmungen teilnehmen, „nichts anderes“, erklärten sie. Damit zementieren sie ihre Machtposition, denn solange die drei eine Beteiligung an Neuwahlen verweigern, können sie Druck auf verbliebene Mitglieder ausüben, die den Skandal kleinzureden versuchen.

Immerhin hat es die Akademie in all dem Wirbel geschafft, die fünf Namen auf ihrer Frühjahrs-Shortlist geheim zu halten. Wer da drauf steht, könnte noch wichtig werden, denn der Preis soll im kommenden Jahr nachgeholt werden. Ob dann vielleicht – als sichere und unangreifbare Wahl – einer der ewigen Favoriten eine Chance hat?

Bisher blieben die fünf Namen für den Literatur-Nobelpreis geheim

Ein paar Namen werden mit stoischer Geduld nämlich jedes Mal genannt, wenn man in der schwedischen Kulturszene nach dem Literaturnobelpreis fragt. Die Kanadierin Margaret Atwood. Philip Roth. Der syrische Poet Adonis und der Israeli Amos Oz. Oder doch der Kenianer Ngugi Wa Thiong'o, den schon im vergangenen Jahr viele als Geheimfavoriten auf der Liste hatten, weil es mal wieder Zeit für einen afrikanischen Preisträger sein könnte?

Auch der Japaner Haruki Murakami steht auf diesen Listen immer ganz oben. Dieses Jahr hätte er in jedem Fall gute Chancen auf einen Anruf aus Stockholm gehabt. Allerdings nicht von der Nobeljury, sondern von der „Neuen Akademie“, einem Zusammenschluss schwedischer Kulturschaffender, die am 12. Oktober einen alternativen Literaturpreis vergeben wollen. Auf deren Shortlist stand Murakami zunächst neben dem britischen Fantasy-Autor Neil Gaiman, der Kanadierin Kim Thuy und Maryse Condé aus Guadeloupe.

Doch der 69-Jährige will damit nichts zu tun haben. Es sei zwar eine große Ehre, doch er wolle sich lieber aufs Schreiben konzentrieren, weit ab aller medialen Aufmerksamkeit, teilte er der Jury mit. Vielleicht, so spekuliert die Szene, weil er sich eben doch noch Chancen auf einen echten Nobelpreis ausrechnet, dem ein Alternativ-Preis eher im Weg stünde. Als Marathonläufer hat Murakami jedenfalls schon öfter langen Atem bewiesen.

Theresa Münch (Kopenhagen)

Internet:

- Neue Akademie zu Murakami <http://dpaq.de/RvMXh>
- Schwedischer König zu neuen Statuten der Akademie <http://dpaq.de/lcxjE>
- Schwedische Akademie zum Literaturnobelpreis <http://dpaq.de/Yt9Hi>
- Shortlist Neue Akademie <http://dpaq.de/5TOfU>

Gelder für Einheitsdenkmal freigegeben

Berlin (dpa) – Nach einem jahrelangen Hin- und Her hat der Haushaltsausschuss des Bundestags gut 17 Millionen Euro für den Bau des Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin freigegeben. Die Fraktionen begrüßten partiübergreifend am 26. September die Entscheidung und forderten vom Bund einen raschen Baubeginn.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) erklärte: „Der 3. Oktober 2020, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, wäre sicher ein würdiges Datum für die Einweihung.“

Ob das gelingt, scheint allerdings fraglich. Nach Angaben des mit dem Projekt beauftragten Stuttgarter Büros Milla & Partner sind zunächst Abstimmungen mit den beteiligten Behörden nötig, dann könne man in die konkrete Ausführungsplanung einsteigen.

Bauzeit von zwei Jahren – 2020 fertig?

„Ich setze darauf, dass alle mitziehen. Dann können wir 2019 mit dem Bau beginnen“, sagte Geschäftsführer Johannes Milla. Bisher waren Experten von einer Bauzeit von etwa zwei Jahren ausgegangen.

Die sogenannte Einheitswippe, eine riesige begehbare Waage vor dem Berliner Schloss, soll an die friedliche Wiedergewinnung der Deutschen Einheit erinnern. Sie entsteht auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals.

Der Bundestag hatte das Denkmal schon 2007 erstmals beschlossen. Doch ein gescheiterter Wettbewerb, Meinungsverschiedenheiten im Siegerteam und Bedenken von Denkmal- und Tierschützern sorgten für immer neue Verzögerungen. 2016 stoppte der Haushaltsausschuss das wenig geliebte Projekt vollends – wegen einer Kostensteigerung von 10 auf 15 Millionen Euro.

2017 kam das Vorhaben durch einen neuen Bundestagsbeschluss wieder in Gang. Auf Drängen der SPD bewilligte der Haushaltsausschuss aber vor der Sommerpause noch nicht die Mittel, weil die Übertragung des Grundstücks vom Land auf den Bund noch nicht notariell besiegelt war. Dadurch wurde auch eine Verlängerung der Baugenehmigung nötig.

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- Gestalter mit Details zum Projekt <http://dpaq.de/Vgo9q>
- Deutsche Gesellschaft mit Hintergrund zum Projekt <http://dpaq.de/f1LsR>

„Forum Wissen“ entsteht in Göttingen

Göttingen (dpa) – Historische wissenschaftliche Apparate, Bernsteine mit Einschlüssen und Skulpturen: In den vergangenen Jahrhunderten wurden an der Universität Göttingen Dutzende Sammlungen mit vielen Millionen Objekten aus allen Erdteilen und allen Epochen der Erdgeschichte zusammengetragen. Viele der wertvollen Stücke sind öffentlich bisher kaum zu sehen gewesen – das soll sich jetzt ändern.

Nach jahrelanger Vorbereitung wurde am 24. September offiziell der Grundstein für ein neues Wissenschaftsmuseum gelegt: Das knapp 29 Millionen Euro teure „Forum Wissen“. Es entsteht in der Alten Zoologie, einem zentrumsnahen und mittlerweile nahezu völlig entkernten historischen Hochschulgebäude. Die Eröffnung ist für Mitte 2020 geplant. Auf 1300 Quadratmetern Fläche sollen die interessantesten Exponate der Uni präsentiert werden. Hinzu kommen 370 Quadratmeter für wechselnde Sonderausstellungen, dazu Depots, Veranstaltungsräume, Labore und Werkstätten.

Denn das „Forum Wissen“ soll auch als Forschungsstätte dienen und Besuchern die Arbeit von Wissenschaftlern näher bringen. „Wir werden den Besuchern unerwartete Einblicke in die Wissenschaft geben“, sagt Marie Luisa Allemeyer, die als Chefin der Zentralen Kustodie an der Universität Göttingen für das Projekt verantwortlich ist. „Wir zeigen, was die Universität ausmacht, wenn man hinter die Kulissen blickt.“ Dabei nehme die Hochschule auch Kinder und Jugendliche in den Blick, sagt Allemeyer. „Schülern wollen wir demonstrieren, wie Wissenschaft funktioniert und wie man Wissenschaftler werden kann.“

Ziel: Einzigartiger Ort moderner Wissensvermittlung

„Das Forum Wissen ist wegweisend als einzigartiger Ort moderner Wissensvermittlung“, sagt Göttingens Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler. Der SPD-Politiker verweist auf die große Akzeptanz des Projekts in der Region und darauf, dass sich zahlreiche Unternehmen, aber auch viele Bürger durch Spenden an der Realisierung beteiligen.

Auch Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler zeigt sich erwartungsfroh. „Das Forum Wissen wird ein einzigartiger Ort in Niedersachsen sein“, sagt der CDU-Politiker. Es werde erreichen, „was kein Bücherregal, keine Online-Datenbank und kein klassisches Museum allein leisten kann: Den Transfer in die Köpfe“. Damit erhalte die Universität Göttingen „ein mindestens deutschlandweites Alleinstellungsmerkmal“.

Das Museum werde „den enormen Wissensschatz der ältesten und größten Universität Niedersachsens für die breite Öffentlichkeit zugänglich“ machen, meint der Göttinger SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Opper-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

mann. Er hatte sich zusammen mit seinem CDU-Kollegen Fritz Güntzler für einen Bundes-Zuschuss von zehn Millionen Euro für das „Forum Wissen“ stark gemacht. Weitere 3,8 Millionen Euro kommen vom Land Niedersachsen. Der große Rest wird von der Universität selbst und aus Spenden finanziert.

Güntzler, der das Projekt seit Beginn im Fundraising-Beirat begleitet, sieht das Geld gut angelegt: „Ich bin mir sicher, dass das Museum nicht nur für Göttinger, sondern für Gäste und Besucher aus ganz Deutschland ein Anziehungspunkt werden wird.“ Projekt-Chefin Allemeyer geht davon aus, dass die in einer Machbarkeitsstudie vorausgesagte Zahl von 40 000 Besuchern pro Jahr übertroffen wird: „Ich hoffe dass deutlich mehr als 50 000 kommen.“

Matthias Brunnert (Göttingen)

Internet:

- Mitteilung <http://dpaq.de/2PM0q>

Frankfurter Buchmesse will rechte Verlage besser kontrollieren

Frankfurt/Main (dpa) – Die Frankfurter Buchmesse will rechte Verlage bei der weltgrößten Bücherschau im Oktober mit einem neuen Sicherheitskonzept besser kontrollieren. Diese sollen dazu in einer Ecke einer Halle untergebracht werden, sagte Buchmesse-Sprecherin Katja Böhne am 26. September in Frankfurt.

Bisher hätten sich allerdings nur zwei Verlage aus dem rechten Spektrum – Manuscriptum und Junge Freiheit – angemeldet. Nicht dabei sein wird in diesem Jahr Antaios. An dessen Verlagsstand hatte es 2017 bei einem Auftritt des AfD-Politikers Björn Höcke am Messe-Samstag tumultartige Szenen mit Handgreiflichkeiten gegeben.

Die Buchmesse sei im vergangenen Jahr durch Provokationen der Neuen Rechten „instrumentalisiert“ worden. „Wir waren nicht gut vorbereitet“, räumte Böhne ein. Generell werde die Buchmesse aber Inhalte von Verlagen nicht bewerten. Die 7000 Verlage aus mehr als 100 Ländern repräsentierten ein breites Spektrum an politischen Meinungen.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung forderte Buchmesse und Verlage auf, sich eindeutig gegen „neurechte Vereinnahmungsversuche“ zu stellen. Die rechten Verlage hätten die Konflikte im vergangenen Jahr bewusst hochgekocht, um sich als Opfer zu inszenieren. Die Stiftung hatte 2017 gegen

die rechten Verlage auf der Messe protestiert. Sie ist auch in diesem Jahr wieder mit einem Stand vertreten. Buchmesse und Stiftung wollen auf der Messe kooperieren, um Vorfälle wie im vergangenen Jahr zu verhindern.

Künstlerhaus Wiepersdorf wird Landesstiftung

Potsdam (dpa) – Das Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf (Teltow Fläming) wird eine Landesstiftung. Das brandenburgische Kabinett habe die Vorlage zur Gründung gebilligt, teilte das Kunstministerium am 27. September mit. Gespräche über einen Kooperationsvertrag mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz als Eigentümerin werden geführt. Ein Gesetzentwurf werde vorbereitet. Die Landesstiftung soll ab 1. Januar 2020 arbeiten.

Das Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf sei aufgrund seiner Geschichte ein deutschlandweit einmaliger Ort der Kunst, der Kultur und der Begegnungen, erklärte Ministerin Martina Münch (SPD). Künstler kämen seit Jahren aus der ganzen Welt nach Brandenburg, um in der kreativen Atmosphäre zu arbeiten. Es sei eines von nur drei in Ostdeutschland. Nach der Sanierung werde es ab 2020 wieder als Stipendiatenhaus eröffnet. Dafür sind im Rahmen des Doppelhaushalts ab 2020 rund 720 000 Euro jährlich eingeplant.

Im Schloss lebte das Romantik-Dichterpaaar Ludwig Achim und Bettina von Arnim. Zu DDR-Zeiten war es Arbeits- und Erholungsstätte für Schriftsteller und Künstler. 1992 wurde das Schloss als Künstlerhaus der Stiftung Kunstfonds wiedereröffnet. Seit 2006 wird es von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz mit Unterstützung des Landes und des Bundes geführt.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Millionen Deutsche verdienen nur Niedriglöhne

Wiesbaden/Düsseldorf (dpa) – Trotz annähernder Vollbeschäftigung in vielen Regionen läuft auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht alles rund. Belege dafür hat am 24. September das Statistische Bundesamt in einer umfassenden Datensammlung zur „Qualität der Arbeit“ zusammengefasst. Sie zeigt unter anderem, dass immer mehr Beschäftigte auch am Wochenende arbeiten und vor allem Führungskräfte überlange Arbeitszeiten haben. Zudem zeigt die Statistik einen großen Niedriglohnsektor.

Nach einer ebenfalls am 24. September vorgestellten, von der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie leben 12,3 Prozent der Erwerbstätigen dauerhaft in prekären Umständen. Rund vier Millionen Menschen fänden sich über mehrere Jahre in perspektivlosen Jobs mit geringem Einkommen und mangelnder sozialer Absicherung. Größte Teilgruppe seien Frauen im Haupterwerbsalter, die meistens Kinder hätten.

Das Forscherteam um Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Markus Promberger von der Universität Erlangen-Nürnberg macht die unsichere Situation der Menschen nicht nur am Arbeitsverhältnis fest, sondern fragte auch nach Armut, Überschuldung oder Wohnverhältnissen. Die Daten-Grundlage stammt aus den Jahren 1993 bis 2012. Der Mindestlohn sei für die Betroffenen eminent wichtig, könne aber die Probleme nicht allein lösen, erklären die Forscher. Sie sprachen sich für weitere Umverteilung und strengere Arbeitsmarktregeln etwa zu Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen aus.

Statistiker: Mehr als jeder fünfte Beschäftigte hat nur Niedriglohn

Das Statistische Bundesamt beziffert die Niedriglohnquote für das Jahr 2014 auf 21,4 Prozent der Beschäftigten. Sie verdienten weniger als 10 Euro in der Stunde und damit auch weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Frauen mussten sich deutlich häufiger (Quote: 27,2 Prozent) mit niedrigen Löhnen zufrieden geben als Männer (15,8 Prozent). Die weiblichen Beschäftigten arbeiten zudem wesentlich häufiger in gering bezahlten (Dienstleistungs-)Berufen und sind in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt.

Unter den Führungskräften ist der weibliche Anteil mit 29,2 Prozent im Jahr 2017 sehr viel geringer und liegt deutlich unter dem Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen (46,5 Prozent). 20 Jahre zuvor war der Frauenanteil am Führungspersonal mit 26,6 Prozent noch geringer.

Was Führungskräfte beider Geschlechter gemeinsam haben: Sie arbeiten häufig vergleichsweise lang. Etwa jeder zehnte (10,7 Prozent) Vollzeit-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Erwerbstätige in Deutschland arbeitet regelmäßig mehr als 48 Stunden in der Woche. Bei Männern ist das nach den Berechnungen mit 13 Prozent etwa doppelt so häufig der Fall wie bei Frauen (6,3 Prozent). Generell gelte: je älter, desto länger die Arbeitszeiten. Das hänge auch damit zusammen, dass Führungskräfte eher in höheren Altersgruppen zu finden seien, schreibt das Bundesamt.

Positiv: Fast alle Beschäftigten sind versichert

Positive Aspekte des deutschen Arbeitsmarktes sind unter anderem bei den Sozialversicherungen zu finden. So waren 2017 nahezu alle Beschäftigten krankenversichert, knapp 89 Prozent hätten bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosengeld I und 83,3 Prozent der Erwerbspersonen waren in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Schnitt nahm 2017 jeder Arbeitnehmer die Rekordzahl von 31,4 Urlaubstagen. Die Fehlzeiten wegen Krankheit nahmen wieder ab auf 10,6 Arbeitstage pro Beschäftigtem.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) kritisierte den Ansatz der Böckler-Studie, deren Definition prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse „sehr weit“ gefasst sei. So sei es zwar richtig, neben den Arbeitsbedingungen auch die Lebensumstände der Beschäftigten zu berücksichtigen, erklärte IW-Ökonom Holger Schäfer. Er warnte aber vor Fehleinschätzungen etwa von Solo-Selbstständigen: Sie würden per Definition in die „prekäre Ecke“ eingeordnet, weil sie keine Ansprüche an die Renten- und Arbeitslosenversicherung hätten und gleichzeitig in einem Kleinbetrieb arbeiteten.

Christian Ebner und Jörn Bender (beide Frankfurt/Main)

Internet:

- Mitteilung Bundesamt <http://dpaq.de/CvBKR>
- Statistisches Bundesamt: Auswertungen zur Qualität der Arbeit <http://dpaq.de/1QThQ>
- Studie Böckler-Stiftung „Existiert ein verfestigtes Prekariat?“ <http://dpaq.de/vg3sr>
- Grafik Böckler-Stiftung zu prekärer Beschäftigung <http://dpaq.de/rxi79>

Breites Bündnis in Bayern für die Weiterbildung

München (dpa) – Kurz vor der Landtagswahl in Bayern Mitte Oktober wächst der Druck auf die CSU, ihren jahrzehntealten Widerstand gegen ein bayerisches Weiterbildungsgesetz aufzugeben: Die Gewerkschaften und eher links stehende Verbände wie die Arbeiterwohlfahrt haben sich mit Katholischem Deutschen Frauenbund, Trachtenverband und anderen traditionell eher CSU-nahen Organisationen verbündet, um gemeinsam ein Recht auf Weiterbildung für Beschäftigte und Ehrenamtler einzufordern. „Ein solch

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

breites Bündnis (...) hat es noch nie gegeben“, sagte der DGB-Landesvorsitzende Matthias Jena am 26. September in München. Insgesamt sind 21 Organisationen mit von der Partie.

Mit auf dem Podium saß eine prominente CSU-Politikerin – in ihrer Eigenschaft als Landesvorsitzende des Frauenbunds. „Ich sitze hier stellvertretend für 165 000 Frauen, die sich mit Herzblut ehrenamtlich engagieren“, sagte die frühere Wirtschaftsministerin Emilia Müller. Die konkrete Forderung: Jeder Arbeitnehmer soll sich pro zwei Jahre jeweils zehn Tage weiterbilden dürfen – beruflich, politisch, allgemein oder für eine ehrenamtliche Tätigkeit.

Auch der Trachtenverband ist mit etwa 165 000 erwachsenen Mitgliedern eine große Organisation. „In den Vereinen müssen wir uns zunehmend mit Dingen auseinandersetzen, die eigentlich vereinsfremd sind, aber für den Fortbestand des Vereins sehr wichtig – Gema, Datenschutzgrundverordnung oder Vereinssteuerrecht“, sagte Geschäftsführer Andreas Oberprieler.

Die CSU lehnt ein Weiterbildungsgesetz seit jeher ab, maßgeblich beeinflusst von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw). Deren Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt arbeitete einst selbst im Wirtschaftsministerium, unter anderem als Büroleiter des langjährigen Ressortchefs Otto Wiesheu (CSU).

Gewerkschaften werben auch in Sachsen für Weiterbildung

Dresden (dpa) – Auch Arbeitnehmer in Sachsen sollen nach Auffassung der Gewerkschaften künftig fünf bezahlte Tage für berufliche, politische, soziale oder kulturelle Bildung bekommen. Unter dem Motto „5 Tage Zeit. Bildung für Sachsen“ wirbt der DGB in den nächsten Monaten in Betrieben, Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen um Unterstützung für ein entsprechendes Gesetz. „Lebenslanges Lernen ist in Zeiten der Digitalisierung notwendig, um den Herausforderungen der Arbeitswelt gewachsen zu sein“, teilte die Gewerkschaft am 21. September zum Auftakt in Dresden mit.

Der DGB verweist darauf, dass es in allen Bundesländern bis auf Sachsen und Bayern bereits ein solches Gesetz gibt. Es muss vom Landtag beschlossen werden. Mit der Kampagne will der DGB eine breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren. Viele Arbeitnehmer wollten sich weiterentwickeln und ihren Horizont erweitern, sagte Henning Homann von der SPD-Fraktion im Landtag. Diesem Wunsch sollten Politik und Wirtschaft

nachkommen. „Denn „lebenslanges Lernen“ bleibt eine Floskel, wenn es an fehlender Zeit scheitert.“

Internet:

- Homepage der Kampagne <http://dpaq.de/ZwDRU>

Umfrage: Fachkräftemangel immer größeres Wachstumshindernis

Berlin (dpa) – Der Fachkräftemangel wird aus Sicht der Handelskammern zunehmend zu einem Wachstumshindernis für den Standort Deutschland. Rund 1,6 Millionen Stellen könnten längerfristig nicht besetzt werden, teilte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bei der Veröffentlichung einer Umfrage am 25. September mit. Damit vermessen die Kammern alle fünf Jahre den Erfolg eigener Weiterbildungsmaßnahmen der höheren Berufsbildung. „Wer als beruflich qualifizierte Fachkraft motiviert ist und in die eigene Weiterbildung investiert, steigt mit hoher Wahrscheinlichkeit auf der Karriereleiter weiter nach oben“, erklärte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK, Achim Dercks.

65 Prozent der Befragten sprechen von einem positiven Effekt von Weiterbildungen auf den Berufsalltag. In den meisten Fällen mache sich das in einer höheren Position, gestiegener Verantwortung und einem besseren Gehalt bemerkbar. Zugleich waren beruflicher Aufstieg (66 Prozent) und ein höheres Einkommen (46 Prozent) nach Teilnehmerangaben die Hauptbeweggründe für berufliche Weiterbildungen – etwa zum Industriemeister, Fachwirt oder Bilanzbuchhalter.

85 Prozent der Befragten brachte dies nach eigenen Angaben auch persönlich weiter: So erweitere sich mit dem gewonnenen Wissen der geistige Horizont – oder das Auftreten werde souveräner. Die besseren Karrierechancen zeigen sich aus DIHK-Sicht auch bei den Arbeitslosenzahlen: Nur 1,7 Prozent der Absolventen einer höheren Berufsbildung seien arbeitslos, unter Akademikern seien es 2,4 Prozent.

Die Kehrseite sei, dass Unternehmen „händeringend“ nach entsprechend qualifizierten Mitarbeitern suchen müssten und viele Stellen unbesetzt blieben. Für die Zukunft kündigte der DIHK einen stärkeren Fokus der Fortbildungen auf die digitale Arbeitswelt an.

Internet:

- Mitteilung DIHK <http://dpaq.de/e7GcW>

FORSCHUNGSPOLITIK

Deutschlands schnellster Rechner gestartet

Garching (dpa) – Deutschlands derzeit schnellster Rechner, der SuperMUC-NG, ist auf dem Forschungscampus Garching bei München in den Betrieb gestartet. Ministerpräsident Markus Söder drückte am 24. September am Leibniz-Rechenzentrum (LRZ) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gemeinsam mit Wissenschaftsministerin Marion Kiechle (beide CSU) und Akademiepräsident Thomas Höllmann den Startknopf. Der neue Höchstleistungsrechner wird den Spitzenplatz in Deutschland für einige Zeit halten, bis er von neueren Anlagen überholt wird. Auch weltweit spielt er in der Spitzenklasse.

Der SuperMUC-NG geht zunächst in den Testlauf. Voraussichtlich Ende des Jahres wird er seine volle Leistung erreichen, so dass sein Vorgänger abgeschaltet werden kann. Er folgt dem SuperMUC und bietet der Wissenschaft ein Vielfaches an Rechenleistung: Das Superhirn schafft 26,7 Petaflops, das sind mehr als 26 Milliarden Rechenschritte pro Sekunde. Sein Vorgänger lag bei 6,4 Petaflops.

Auch der SuperMUC-NG wird mit Strom aus hundert Prozent erneuerbaren Energiequellen betrieben und mit warmem Wasser gekühlt. Das senkt die Stromkosten. Unter anderem wird die Abwärme zur Erzeugung von Kaltwasser genutzt, das wiederum der Kühlung von Rechnerteilen dient.

Forscher aus ganz Europa können den Rechner einsetzen

Der Rechner soll Forschern verschiedenster Wissenschaftsbereiche aus ganz Europa zur Verfügung stehen. Neben den Gebieten Kosmologie und Astrophysik, Festkörperphysik und Strömungsmechanik wird die Rechenleistung zunehmend in der Medizin, in der Genforschung oder in der Katastrophen- und Umweltforschung gebraucht. Auch Unternehmen können den Rechner nutzen, wenn die Ergebnisse veröffentlicht werden.

„Er eröffnet ganz neue Möglichkeiten für die Wissenschaft und ebnet den Weg für die Entwicklung eines revolutionären Quantencomputers“, sagte Söder. Mit dem Bund werde Bayern bis 2023 rund 150 Millionen Euro ausgeben, um die Spitzenposition bei Höchstleistungsrechnern auszubauen.

Schon mit Hilfe des SuperMUC gelangen laut Akademie der Wissenschaften einige Durchbrüche. Ein internationales Team konnte berechnen, welches Brustkrebsmedikament bei welcher Patientin wirken wird. Außerdem errechnete der SuperMUC eine Simulation des Meeres-Erdbebens, das 2004 einen verheerenden Tsunami ausgelöst hatte. Auch Simulationen zu Auswirkungen des Klimawandels, zu Regenmengen und Hochwassergefahren in Bayern wurden angestellt.

Etwa alle sechs Jahre bekommt Garching einen neuen Rechner, dazwischen wird er meist einmal aufgerüstet. Wie schnell die Entwicklung läuft, zeigt der SuperMUC: Er war im Sommer 2012 mit einer Leistung von drei Petaflops als schnellster Rechner Europas und viertschnellster weltweit gestartet. Heute reicht er für viele Anwendungen bei Weitem nicht mehr aus.

Sabine Dobel (München)

Internet:

- Infos zum neuen SuperMUC-NG <http://dpaq.de/nY21z>

Ist 1,5-Grad-Klimaerwärmungs-Ziel zu halten?

Seoul/Incheon (dpa)- Die Kohlendioxid-Uhr beim Klimaforschungsinstitut MCC in Berlin tickt unbarmherzig. Sie zeigt, wie viele Tonnen an CO₂ noch ausgestoßen werden dürfen, will der Mensch die Erderwärmung auf 1,5 Grad beziehungsweise 2 Grad beschränken. Gibt man das 1,5-Grad Ziel ein und wählt ein mittleres Szenario, ist die Uhr auf der MCC-Website seit ein paar Wochen gerade abgelaufen. Demnach dürfte gar kein CO₂ mehr produziert werden, es müsste sogar wieder welches aus der Luft geholt werden. Beim 2-Grad-Ziel darf die Menschheit noch rund 17 Jahre CO₂ produzieren – insgesamt 720 Gigatonnen.

Dieses Szenario beruht auf Daten des jüngsten Reports des Weltklimarates IPCC von 2014 und ist eines von vielen ähnlichen, die Forscher in den vergangenen Jahren erstellt haben. Ob die Menschheit die Erderwärmung vielleicht doch noch bei 1,5 Grad bremsen kann und was dazu alles zu tun ist, das will der Weltklimarat nun in einem Sonderreport erläutern.

Ein Kernteam von 91 Autoren und 250 weitere Forscher haben laut IPCC-Deutschland 6000 Publikationen von rund 24 000 Experten analysiert. Der resultierende Text wird seit dem 24. September mit Vertretern aller 195 IPCC-Mitgliedsländer in Incheon (Südkorea) debattiert und am 8. Oktober veröffentlicht werden.

UN-Generalsekretär: Existenzielle Bedrohung durch Klimaerwärmung

Dass die Zeit zum Klimaschutz drängt, hat UN-Generalsekretär António Guterres kürzlich bei der UN-Vollversammlung in New York unterstrichen. Er sprach von einer „direkten existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel“. Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten seien 18 der wärmsten Jahre seit Beginn der Messreihen 1850 registriert worden. Die CO₂-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Konzentration in der Atmosphäre sei die höchste in drei Millionen Jahren – „und sie steigt“.

Einig sind sich die meisten Forscher, dass die Welt ohne zusätzliche Anstrengungen auf 3 bis 4 Grad Erwärmung zusteuert. Dabei hatten die Politiker im Abkommen von Paris 2015 beschlossen, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen. Letzteres hatten sich vor allem die kleinen Inselstaaten gewünscht. Der Weltklimarat bekam den Auftrag zu beschreiben, welche Folgen bereits eine Erwärmung von 1,5 Grad hätte und was für das 1,5-Grad-Ziel noch alles getan werden muss.

„Grob ein Grad Erwärmung haben wir bereits erreicht“, sagte Katja Frieler vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. „Die Treibhausgasemissionen haben Hitzewellen wie die in den vergangenen Monaten bereits deutlich häufiger gemacht und werden sie in Zukunft noch häufiger machen.“

Jedes Zehntel Grad Erwärmung bedeutet größeres Risiko

Allein schon die Differenz von 0,5 Grad zwischen dem 1,5 und dem 2-Grad-Szenario kann für das Leben auf der Erde immense Auswirkungen haben. „Jedes Zehntel Grad Temperatursteigerung bedeutet ein größeres Risiko für unsere Gesellschaft“, sagt Frieler. Schon heute sei die Zahl von Dürren gestiegen, die Wasserverfügbarkeit vielerorts gesunken. In einigen Ländern wie Marokko oder Syrien gebe es schon Wasserkonflikte.

Das Einhalten des 1,5-Grad-Zieles könne die Anzahl der Starkregen-Fälle und Hitzewellen deutlich reduzieren, schreibt das Berliner Klimaforschungsinstitut Climate Analytics in einem Blog mit Verweis auf verschiedene Studien. „Die Begrenzung des globalen mittleren Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad gegenüber dem 2-Grad-Szenario könnte das globale Risiko für diese Art von extremen Ereignissen um ein Drittel reduzieren.“

Viele Forscher gehen davon aus, dass CO₂ künftig wieder aus der Luft gezogen werden muss. Das kann etwa durch das Anpflanzen von Bäumen geschehen oder durch Verbrennen von Pflanzen und anschließendem Speichern des entstandenen CO₂ in Bodenkammern. Die Techniken werden bei dem äußerst ambitionierten 1,5-Grad-Ziel besonders relevant, sagte Oliver Geden, der Gastwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Meteorologie ist.

Das könne auch bedeutend werden, „um derzeit unvermeidbare Emissionen aus der Landwirtschaft, der Industrie oder dem Flugverkehr auszugleichen.“ Der weitaus größte Anteil an Emissionsreduktion müsse aber durch klassischen Klimaschutz erreicht werden.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

UN-Chef Guterres gab sich am Ende doch noch optimistisch. „Die gute Nachricht ist: Die Technologie ist auf unserer Seite.“ Erneuerbare Energien seien günstiger und wettbewerbsfähiger als jemals zuvor. „Weit entfernt davon, eine fundamentale Bedrohung für die Wirtschaft zu sein, erzeugt Klimaschutz neue Industrien, neue Märkte, mehr Arbeitsplätze und weniger Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen.“ Der IPCC-1,5-Grad-Bericht soll auch als Grundlage für den nächsten UN-Klimagipfel im Dezember im polnischen Katowice dienen.

Dirk Godder (Seoul)

Internet:

- IPCC <http://dpaq.de/zun2k>
- Rede Guterres <http://dpaq.de/NqX8R>
- CO2-Uhr am MCC Berlin <http://dpaq.de/oD9jM>
- Climate Analytics <http://dpaq.de/8ONio>
- PIK <http://dpaq.de/FeW86>
- Climate Action Tracker <http://dpaq.de/u4CV2>
- Übereinkommen von Paris – 1,5-Grad Ziel im Artikel 2 <http://dpaq.de/n2r3B>
- Veranstaltung Deutsches Klimakonsortium zum 1,5-Grad Report <http://dpaq.de/Sv3VE>

Alt, männlich, amerikanisch – Wann gibt es andere Nobelpreisträger?

Stockholm/Oslo (dpa) – Ein alter, weißer, amerikanischer Mann im schwarzen Anzug. Den typischen Nobelpreisträger kann man mit wenigen Worten beschreiben. Auch im vergangenen Jahr waren acht der elf Preisträger US-amerikanische Staatsbürger, keine einzige Frau bekam diese Auszeichnung. Wird das wieder so, wenn in der ersten Oktoberwoche mit großem Tamtam die Nobelpreisträger 2018 verkündet werden? Zumindest die Dominanz der USA könnte bald schwinden, meint ein deutscher Wissenschaftler.

Dabei scheinen die absoluten Zahlen bemerkenswert eindeutig: Die schlausten Köpfe der Welt sitzen demnach in Amerika. Sie forschen an den mit Abstand besten Universitäten. Seit 1901 haben Wissenschaftler von 127 US-amerikanischen Forschungsinstituten in den Kategorien Physik, Chemie, Medizin und Wirtschaft 369 Nobelpreise abgeräumt. Das ist mehr als die Hälfte aller vergebenen Auszeichnungen. Zum Vergleich: In derselben Zeit brachten Forscher von 54 deutschen Instituten 72 Nobelpreise mit nach Hause.

Doch diese Zahlen, meint der Frankfurter Physiker Claudius Gros, täuschen darüber hinweg, dass die Zeit der großen US-amerikanischen Erfin-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

dungen zumindest in den Nobeldisziplinen langsam zu Ende gehe. Er hat die erlangten Nobelpreise ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Länder gesetzt, deren Staatsangehörigkeit die Gewinner zur Zeit der Preisvergabe hatten. Die Kurve der USA zeigt klar nach unten, schon seit 1972.

„Davor standen die USA wissenschaftlich in voller Blüte“, sagt Gros – die Zeit der ersten Mondlandung und großer Entdeckungen. Noch immer sei die „Produktivität“ der US-Wissenschaftler zwar relativ hoch. „Deutlich höher als die von Deutschland. Aber nach der Vorhersage wird sich das in zehn Jahren ändern“, sagt der Physiker. 2025 hätten deutsche Wissenschaftler demnach bessere Chancen auf einen Nobelpreis als amerikanische. Am meisten aber würde mit Blick auf die Einwohnerzahl Großbritannien abräumen.

Heißt das, dass die US-Forschung schlechter geworden ist? Nicht unbedingt. Die Wissenschaftler dort konzentrieren sich allerdings inzwischen weniger auf Physik, Chemie oder Medizin, wo wissenschaftlicher Fortschritt immer schwieriger wird. „Sie machen lieber Informatik und künstliche Intelligenz, wo die Post noch richtig abgeht. Wo auch mehr Geld zu verdienen ist“, sagt Gros. Bloß gibt es dafür eben keine Nobelpreise.

Die Nazi-Zeit brachte Deutschland um Nobelpreise

Für Deutschland kam das Erbe von Alfred Nobel nach der Statistik ein paar Jahre zu spät. Die produktivste Zeit der deutschen Wissenschaft sei die Gründerzeit gewesen, sagt Gros. Schon bevor 1901 der erste Nobelpreis vergeben worden sei, gehe es abwärts. Dann flohen ab 1933 zudem zahlreiche hervorragende Wissenschaftler vor der Nazi-Herrschaft aus Deutschland.

„Ich vermute, dass die Produktivität ohne die Auswanderung größer wäre, als sie heute ist“, sagt Gros. Mit anderen Worten: Die Nazi-Zeit brachte Deutschland um Nobelpreise. Mindestens 25 in Deutschland geborene Nobelpreisträger hatten zum Zeitpunkt der Preisverleihung eine andere Staatsangehörigkeit. Viele davon hatten wegen der Nazis Deutschland verlassen. Das aktuellste Beispiel: Der Physik-Preisträger des vergangenen Jahres, Rainer Weiss, der als Kind mit seiner Familie 1938 vor den Nationalsozialisten floh.

Eindeutig ist zu sehen, dass deutsche Wissenschaftler bis etwa 1940 in absoluten Zahlen gesehen mehr Auszeichnungen einheimsten als die amerikanischen oder britischen, vor allem in Physik und Chemie. 1943 begann dann die selten unterbrochene Siegesserie der US-Universitäten.

Nimmt man die Nobelpreise für Literatur und Frieden mit in die Rechnung, ist die Dominanz übrigens nicht mehr ganz so erdrückend. Beim Literaturnobelpreis hat Frankreich mit 16 ausgezeichneten Autoren die Nase vorn.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Die USA und Großbritannien teilen sich mit je 11 den zweiten Rang, Deutschland folgt mit 8 Nobelpreisträgern gleichauf mit Schweden.

Ihren eigenen Landsleuten scheinen die skandinavischen Nobeljürs ohnehin ungern Preise zu geben. Und Frauen auch nicht. Nur 48 der fast 900 Nobelpreisträger waren weiblich. Marie Curie hatte zwei erhalten – für Physik und für Chemie. Im vergangenen Jahr äußerte die Königliche Wissenschaftsakademie ihre Sorge deswegen: „Ich vermute, dass es viel mehr Frauen gibt, die es verdienen, für den Preis berücksichtigt zu werden“, sagte der Vorsitzende Göran Hansson. Auch die Geografie sprach er an. „Ich hoffe, dass wir in fünf oder zehn Jahren eine ganz andere Verteilung sehen.“

Im gleichen Jahr ging der Physik-Nobelpreis an drei alte, weiße Amerikaner. Damit erhielten 2017 mehr Männer diesen Preis als Frauen in mehr als 100 Jahren.

Theresa Münch (Kopenhagen)

Internet:

- Liste Nobelpreisträger und Forschungsinstitute <http://dpaq.de/xynOH>
- Studie Gros <http://dpaq.de/D0UuC>
- Nobel-Jury zu Frauenanteil <http://dpaq.de/iQ7IR>

Forscher züchten neue Knochen aus Resten

Lübeck (dpa) – Bei manchen Menschen heilen gebrochene Knochen schlecht zusammen. Für diese Patienten wäre es ein Segen, wenn gelänge, woran deutsche und dänische Wissenschaftler seit fast drei Jahren forschen. Sie wollen aus winzigen Knochenresten, etwa von orthopädischen Eingriffen, Stammzellen isolieren, um daraus neues Knochenmaterial zu züchten. Knochenteilchen von rund 100 Patienten lagern bereits in einer Knochenbank oder Bonebank, abgeleitet vom englischen Wort „bone“ für Knochen.

„Die Forschungsergebnisse sind sehr erfolgversprechend. Doch bis zur klinischen Anwendung bei Patienten kann es noch einige Jahre dauern“, sagt der Präsidiumsbeauftragte des Interdisziplinären Centrums für Biobanking Lübeck (ICB-L) und Spezialist für Humangenetik, Jens Habermann. In dem Projekt arbeiten Universitäten und Krankenhäuser aus Lübeck sowie aus Odense und Næstved in Dänemark zusammen. Außerdem sind mehrere Medizintechnik- und IT-Firmen sowie das Netzwerk Life Science Nord beteiligt.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Ziel des Teams mit insgesamt 30 Mitarbeitern in Deutschland und Dänemark ist es, Patienten mit Verletzungen oder Erkrankungen des Skelettsystems eigene oder gespendete Knochenstammzellen zu implantieren. Dazu nutzen die Forscher stammzellenhaltiges Knochenmaterial, das bei Routineoperationen anfällt und normalerweise weggeworfen wird.

Zustimmung der Patienten notwendig

„Wir sammeln das Material mit Zustimmung der Patienten, isolieren die Knochenstammzellen und frieren sie bei Temperaturen von unter minus 150 Grad Celsius in Stickstoff ein“, erläutert Habermann. Nach dem Auftauen können die Stammzellen neue Knochenzellen, aber auch Knorpelgewebe bilden. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit zur Entwicklung von neuen Medikamenten.

Eingelagert werden die Stammzellen in Stickstofftanks in Lübeck und auch in Dänemark. „Da wir uns noch im Forschungsstadium befinden, frieren wir nicht nur isolierte Stammzellen, sondern auch unbearbeitetes Knochenmaterial ein“, sagt Habermann. So wollen die Wissenschaftler herausfinden, wie sich Zellen verhalten, die erst nach dem Auftauen isoliert werden.

Gefördert wird das Bonebank-Projekt durch das deutsch-dänische Interreg-Förderprogramm. Die ursprünglich bis 2019 befristete Förderung wurde inzwischen bis 2020 verlängert. Die Fördersumme liegt jetzt bei knapp 2,1 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Eva-Maria Mester (Lübeck)

Internet:

- Bonebank <http://dpaq.de/6hUut>
- Uni Lübeck zum Bonebank-Projekt <http://dpaq.de/rKIR6>
- Lifescience Nord zum Bonebank-Projekt <http://dpaq.de/PegVQ>
- Land Schleswig-Holstein zur Bonebank <http://dpaq.de/AOxmR>

Neues Krebsforschungszentrum in Frankfurt

Frankfurt/Main (dpa) – Frankfurt wird zur Hochburg der Krebsbekämpfung. Am Campus Niederrad entsteht das neue „Frankfurt Cancer Institute (FCI)“ des hessischen Förderprogramms „LOEWE“. Mit dem FCI werde für die Krebsforschung „ein international sichtbares Zentrum am Standort Frankfurt geschaffen“, sagte Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) am 28. September. Der Schwerpunkt des Instituts liege auf der translationalen Forschung – also der Verknüpfung verschiedener Fachgebiete der Krebs-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

forschung. Das Ziel seien verbesserte Behandlungsmöglichkeiten von Tumoren, die auf die jeweiligen Patienten individuell zugeschnitten sein sollen.

Das Land fördert den Neubau mit rund 26 Millionen Euro. Das Förderprogramm „LOEWE“ steht für „Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz“

Das Institut ist eine gemeinsame Initiative von Krebsforschern der Goethe-Universität Frankfurt und des Georg-Speyer-Hauses. Insgesamt soll der Neubau rund 73,5 Millionen Euro kosten. Wie das Land Hessen übernimmt auch der Bund rund 26 Millionen Euro. Der Rest entfällt auf die Deutsche Krebshilfe (20 Millionen Euro) und weitere Partner. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich 2020. Vier Jahre später soll das Institut die Arbeit aufnehmen.

Kieler Forscher suchen Süßwasser-Quellen unter dem Mittelmeer

Kiel (dpa) – Kieler Ozeanforscher suchen im Mittelmeer nach Süßwasser-Vorkommen unter dem Meeresboden. Das Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung und die Universität von Malta wollen dort gemeinsam forschen, wurde am 26. September mitgeteilt.

Hintergrund ist, dass die Grundwasservorräte im gesamten Mittelmeerraum durch Bevölkerungswachstum, zunehmende Umweltverschmutzung und Klimawandel enormen Belastungen ausgesetzt sind. Offshore-Grundwasser könnte nach den Vermutungen der Forscher als alternative Süßwasserquelle die Wasserknappheit in Küstenregionen verringern. Für eine nachhaltige Nutzung des submarinen Grundwassers fehlen jedoch bislang Kenntnisse über Standorte sowie deren Ausdehnung und Verbindung mit Süßwasserquellen an Land.

Die weltweite Menge des Süßwassers unter dem Meer entspricht nach aktuellen Schätzungen dem Volumen der gesamten Nordsee. Das Offshore-Grundwasser kann mit existierender Technologie aus der Öl- und Gasindustrie sowie der Grundwassernutzung an Land genutzt werden. Es habe daher das Potenzial, die Wasserknappheit zu lindern und die negativen Auswirkungen des Grundwassermangels in dicht besiedelten Küstenregionen zu lindern, hieß es.

HOCHSCHULE

Nur wenig kranke Studenten beantragen Hilfe

Berlin (dpa) – Deutschlandweit verzichten Zehntausende Studenten mit einer chronischen Erkrankung oder Behinderung auf mögliche Studiene erleichterungen. Das zeigt eine am 24. September in Berlin vorgestellte Studie des Deutschen Studentenwerks und des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Viele wüssten über die Hilfsmöglichkeiten nicht Bescheid oder hätten Hemmungen, sich als beeinträchtigt zu outen, sagte der Präsident des Studentenwerks, Rolf-Dieter Postlep.

Insgesamt habe mehr als jeder Zehnte der rund 2,8 Millionen Studierenden eine Behinderung oder chronische Krankheit. Mehr als die Hälfte davon leidet unter psychischen Erkrankungen, jeder Fünfte hat ein chronisches körperliches Leiden wie Rheuma oder Epilepsie. Dazu kommen unter anderem Menschen mit Bewegungs- oder Sinnesbeeinträchtigungen oder Legasthenie.

Neun von zehn dieser Studenten hätten Schwierigkeiten mit der Organisation des Studiums, so die Umfrage. Ihnen machten eine hohe Zahl von Prüfungen, Anwesenheits- und Zeitvorgaben Probleme. Aber nur knapp jeder dritte Betroffene hat bei seiner Hochschule schon einmal mögliche Erleichterungen beantragt – etwa einen individuellen Studienplan, die Änderung der Bedingungen für Prüfungen oder die Verlegung eines Praktikums.

Studierendenwerk: Hochschulen informieren zu wenig darüber

Solche sogenannten Nachteilsausgleiche werden etwa beim Prüfungsausschuss oder Prüfungsamt beantragt. In der Regel ist dafür die Stellungnahme eines Facharztes oder Therapeuten nötig. Betroffene sollten sich vorher mit den in fast allen Hochschulen zu findenden Beratern für Behinderungen in Verbindung setzen, um die individuellen Möglichkeiten zu erörtern, so das Studentenwerk. Die Beauftragten für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten behandelten persönliche Angaben streng vertraulich.

Den Hochschulen warf Studentenwerkschef Postlep vor, Studienanfänger zu wenig über solche Möglichkeiten zu informieren. „Das ist eine Unterlassungssünde.“ Oft lägen nur irgendwo entsprechende Broschüren aus, das sei aber viel zu wenig. Der Grünen-Bildungsexperte Kai Gehring rief auch Bund und Länder auf, die Betroffenen bei der Gestaltung ihrer Förderprogramme stärker in den Blick zu nehmen.

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- Mitteilung Deutsches Studentenwerk <http://dpaq.de/MLMUo>
- Nachteilsausgleich <http://dpaq.de/Rdv5f>
- Kontakt für Studierende mit Beeinträchtigung <http://dpaq.de/hpuGU>
- Destatis über die Zahl der Studierende <http://dpaq.de/PA1h4>

Ministerin Bauer bleibt trotz Vorwurfs der „Lüge“ im Amt

Stuttgart (dpa) – Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) bleibt trotz der Vorwürfe im Zusammenhang mit der Zulagenaffäre im Amt. Die Oppositionsfraktionen SPD und FDP scheiterten am 26. September im Landtag in Stuttgart erwartungsgemäß mit ihrem Entlassungsantrag an der grün-schwarzen Regierungsmehrheit. Die Opposition forderte Bauers Rücktritt, weil sie die Ministerin für mitverantwortlich an der Affäre um Zulagen für Professoren der Beamtenhochschule in Ludwigsburg hält. Zudem habe Bauer kein Interesse an der Aufklärung der Vorgänge.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sowie Redner von CDU und Grünen verteidigten die Ressortchefin. Für die Entlassung Bauers stimmte neben SPD und FDP auch die AfD. Nach der Landesverfassung muss der Ministerpräsident ein Regierungsmitglied entlassen, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtags dafür sind.

SPD-Fraktionschef Andreas Stoch und FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke bezichtigten Bauer der Lüge. Sie bezogen sich auf die Abwahl der Rektorin der Hochschule, Claudia Stöckle. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte diese als unrechtmäßig eingestuft und erklärt, dass Bauer die Öffentlichkeit falsch über die Arbeit einer Kommission informiert habe, die zur Abwahl der Rektorin führte. Denn Bauer erklärte, die Kommission arbeite unabhängig. Rülke ging in diesem Zusammenhang so weit, Bauer als „Straftäterin“ zu bezeichnen.

SPD: Ein politischer Sumpf ist als grüner Sumpf nicht besser

Stoch hielt den Grünen eine Machtpolitik vor, die an die schwärzesten Zeiten in der Geschichte der Landespolitik erinnere. „Ein politischer Sumpf ist nicht besser, nur weil er grün ist.“ Die beiden Fraktionschefs halten der Ministerin zudem vor, ihre Fürsorgepflicht gegenüber der verbeamteten Stöckle verletzt zu haben.

AfD-Fraktionschef Bernd Gögel prangerte die „Regierungskultur“ der Grünen an. Zu anderen Zeiten des Landes hätten Minister für weit geringere

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Verfehlungen ihren Hut genommen. „Herr Ministerpräsident, beenden Sie die Zusammenarbeit mit der Wissenschaftsministerin.“

Kretschmann hielt aber dagegen: „Theresia Bauer ist eine hervorragende Wissenschaftsministerin, und das wird sie auch bleiben. Sie hat mein Vertrauen, und ich stehe voll und ganz hinter ihr.“ Er hielt der Opposition vor, ein „Theater“ mit „Showeffekten“ zu veranstalten und den noch laufenden Untersuchungsausschuss im Landtag zur Zulagenaffäre nicht ernst zu nehmen. Das Gremium habe schließlich die Mitglieder der besagten Kommission noch nicht selbst nach der angeblichen Einflussnahme des Ministeriums befragt.

Bauer ist seit 2011 Wissenschaftsministerin im Südwesten. Zeitweise wurde die 53-Jährige als mögliche Nachfolgerin von Kretschmann im Amt des Ministerpräsidenten gehandelt. Die Vorsitzenden der Universitäts- und Aufsichtsräte der baden-württembergischen Landesuniversitäten nahmen Bauer aber kürzlich in Schutz. Sie setze sich nachhaltig und erfolgreich für Forschung und Innovation ein – unter ihr habe sich das Hochschul- und Wissenschaftssystem im Land sehr gut entwickelt.

Bettina Grachtrup (Stuttgart)

Internet:

- Entlassungsantrag <http://dpaq.de/XV1TY>

GEW fordert weiteren Hochschulpakt

Budenheim (dpa) – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) dringt angesichts steigender Studentenzahlen auf mehr Geld für die Hochschulen. „Bund und Länder müssen jetzt die Weichen für einen Kurswechsel in der Hochschulpolitik stellen, um eine Bildungskatastrophe an den Hochschulen abzuwenden“, heißt es in einem Forderungspapier der GEW-Spitze vom 25. September für eine Wissenschaftskonferenz in Budenheim bei Mainz. „Ein neuer Hochschulpakt muss her!“ Der Pakt zwischen Bund und Ländern laufe 2020 aus, die Zahl der Studienanfänger sei aber stärker gestiegen, als die Kultusminister vorausgesagt hätten.

Im Jahr 2005 begannen nach GEW-Angaben rund 360 000 Menschen ein Studium an einer Hochschule in Deutschland, derzeit seien es mehr als 500 000. Die Finanzierung hält nach Einschätzung der Gewerkschaft nicht Schritt mit dem Anstieg der Studentenzahlen.

Für neue Plätze an den Hochschulen stellt der Bund 20,2 Milliarden Euro über die Laufzeit des Hochschulpakts von 2007 bis 2023 bereit, die Länder

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - HOCHSCHULE

geben 18,3 Milliarden Euro. Bund und Länder verhandeln derzeit über die Nachfolge des Hochschulpakts 2020. Würde der Pakt über das Jahr 2020 hinaus nicht verlängert, würden damit ab 2021 keine neuen Studienanfänger mehr gefördert.

Internet:

- Budenheimer Memorandum der GEW <http://dpaq.de/786kc>

Uni Kassel baut Forschungscampus aus

Kassel (dpa) – Mit einem neuen Gebäude für 120 Millionen Euro baut die Universität Kassel ihren zentralen Forschungscampus weiter aus. Das Land Hessen werde einen entsprechenden Neubau für Physik und Nanostrukturwissenschaften am innenstadtnahen Holländischen Platz ermöglichen, teilte das Hessische Finanzministerium am 27. September mit. Der nächste Schritt sei ein Architektenwettbewerb zur Gestaltung des neuen Gebäudes. Möglicher Baubeginn ist das Jahr 2023.

Die Nachricht sei für die Uni Kassel von herausragender Bedeutung, weil man dem strategischen Ziel eines modernen und stadtnahen Forschungscampus in Kassel einen großen Schritt näher komme, sagte eine Sprecherin der Uni. Die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern verschiedener Fächer werde durch kurze Wege erleichtert. Bisher sind die Naturwissenschaften abgelegen im Stadtteil Oberzwehren untergebracht. Die Uni ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen von 23 000 Studenten im Jahr 2013 auf über 25 000.

Uni Göttingen übernimmt 60 Kubikmeter Grass-Archivalien

Göttingen (dpa) – Die Universität Göttingen hat einen monumentalen künstlerisch-literarischen Schatz erhalten. Das Günter Grass Archiv des Steidl-Verlags, das in 60 jeweils einen Kubikmeter großen Containern verwahrt wird, ist am 24. September von einer Treuhandstiftung der Hochschule übernommen worden.

Das Archiv beinhaltet Manuskripte, Zeichnungen, Umschlagentwürfe und Korrespondenz des 2015 gestorbenen Literaturnobelpreisträgers. Es umfasst auch von Grass entworfene Werbematerialien für seine Werke, Bücher, Fotografien und Drucke. „Es ist alles da, was Grass je gemacht hat“, sagte Verleger Gerhard Steidl bei der Unterzeichnung des Stiftungsvertrags.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Die neue Hochschulstiftung werde das sehr gut erhaltene Material in den kommenden zwei Jahren sichten und sortieren, sagte der Göttinger Literaturwissenschaftler Heinrich Detering. Dann solle das Archiv der Forschung zugänglich gemacht werden. Ein Teil des Archivs ist in einem eigens dafür hergerichteten denkmalgeschützten Haus in der Göttinger Innenstadt untergebracht, die übrigen Teile befinden sich in der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen.

Merkel wird Ehrendoktor der Universität Haifa

Tel Aviv (dpa) – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erhält die Ehrendoktorwürde der Universität Haifa. Sie werde ihr am 4. Oktober in Jerusalem verliehen, teilte die Universität am 26. September mit. Die Hochschule lobte den Führungsstil der Kanzlerin, der auf den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten basiere. Merkel sei „ein beispielhaftes Vorbild für Frauen auf der ganzen Welt“, hieß es in der Mitteilung.

Merkel reist am 3. und 4. Oktober mit mehreren Ministern nach Jerusalem, um dort an deutsch-israelischen Regierungskonsultationen teilzunehmen. Die Zeremonie der Universität Haifa ist im Israel-Museum geplant.

„Im Laufe ihres Lebens hat Frau Dr. Merkel vorbildliche Standards an Exzellenz, Weisheit und Menschlichkeit bewiesen“, sagte der Präsident der Universität Haifa, Ron Robin. Merkel, die einen Doktor in Physik hat, habe sich gegen Rassismus und Antisemitismus und für wissenschaftliche Kooperationen zwischen beiden Ländern eingesetzt.

Merkel hat bereits zahlreiche Ehrendoktorwürden, unter anderem von der Hebräischen Universität in Jerusalem und der Frauenuniversität EWHA in Seoul.

TU München: 30 neue Professuren für Luft- und Raumfahrt

München (dpa) – Die geplante Fakultät für Luft- und Raumfahrt der Technischen Universität München (TUM) soll 30 neue Professuren bekommen. Mit insgesamt 55 Professuren sei die Fakultät dann die größte ihrer Art in Europa, teilte die Uni am 21. September mit. Sie werde etwa die Hälfte der universitären Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland umfassen. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte in seiner Regierungserklärung im April die Gründung einer neuen ingenieurwissenschaftlichen Fakultät an der TUM angekündigt. Eine Milliarde Euro soll in den kommenden Jahren investiert werden.

SCHULE

Berlin fördert Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Schulen

Berlin (dpa) – Vergewaltigung auf der Klassenfahrt, Handyfotos aus der Sportumkleide oder Begrapschen im Klassenzimmer: Sexuelle Gewalt macht vor Schulen nicht Halt. Um den Lehrern ein Gegensteuern zu erleichtern, gibt es seit dem 26. September für die mehr als 900 Berliner Schulen eine Infomappe für bessere Schutzkonzepte. „Es geht darum, Lehrer zu sensibilisieren“, sagte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) zum Start der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“. Genauso wichtig sei es, Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf ein Leben ohne Gewalt zu vermitteln. „Und dass sie sich trauen, dieses Recht auch einzufordern.“

Die Berliner Infomappen sind Teil einer bundesweiten Schulkampagne gegen sexuelle Gewalt. „Nur 13 Prozent der Schulen in Deutschland haben ein umfassendes Schutzkonzept“, sagte Initiator Johannes-Wilhelm Rörig, Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung, in Berlin. Und nur vier Prozent der Schulen hätten bisher eine Risikoanalyse gemacht, ob in ihren Gebäuden Gefahr durch dunkle Ecken, ungesicherte Eingänge oder fehlende Schlösser bestehe.

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation haben in jeder Schulklasse ein bis zwei Schüler Formen von sexueller Gewalt erlebt. Nicht allein in ihren Familien oder Institutionen wie Kirchen. Auch Schulen selbst können zum Tatort werden. Sexuelle Belästigungen und Übergriffe unter Gleichaltrigen habe es auch früher schon gegeben, sagte Rörig. Neu sei die Möglichkeit, diese Taten mit dem Handy zu filmen und im Internet zu verbreiten. In Berlin werde mehr ermittelt als früher, weil Jugendliche sexualisierte Bilder versendeten, um andere bloßzustellen oder zu erpressen, sagte Rörig.

Mit sozialen Medien neue Qualität der sexuellen Gewalt

„Mit den sozialen Medien hat das eine völlig neue Dimension bekommen“, bestätigte die Bildungssenatorin. Sie berichtete aus ihrer eigenen Schulzeit, dass einige Mitschüler sie einmal festgehalten und begrapscht hätten. Ein Lehrer habe sie überzeugt, darüber zu sprechen.

Doch noch immer müssen Kinder und Jugendliche laut Rörig im Durchschnitt erst sieben Erwachsene ansprechen, um eine Vertrauensperson zu finden, die ihnen hilft. „Schule hat aber nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern auch einen Kinderschutzauftrag.“

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - SCHULE

Hjördis Wirth, Mitglied des Betroffenenrats „Schule gegen sexuelle Gewalt“, kritisierte, dass es nur an jeder zweiten Schule der Hauptstadt Sozialarbeiter gebe. Da sei Berlin zu schwach aufgestellt. „Sexuelle Gewalt ist aber auch immer eine Machtfrage“, sagte sie. Ob Schule ein Schutzraum sei, beginne schon damit, wie Lehrer miteinander umgingen – und ob es Antennen dafür gebe, dass Schüler in Not seien. Sonst würden Hilferufe nicht gehört und Signale wie Rückzug, Aggressivität, Essstörungen oder die Verweigerung des Sportunterrichts nicht erkannt, sagte Rörig.

Scheeres betonte, mit dem neuen Schulgesetz müssten alle Schulen Krisenteams aufstellen. Darüber hinaus sei geplant, auf längere Sicht jede Schule mit Sozialarbeitern auszustatten.

An der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ nehmen 30 000 Schulen in Deutschland teil. Berlin ist das 13. Bundesland, in dem das Programm anläuft. Die Berliner Kriminalstatistik verzeichnete im vergangenen Jahr insgesamt rund 850 gemeldete Missbrauchsfälle bei Kindern und Jugendlichen. Die Dunkelziffer gilt als weitaus höher.

Julia Kilian (Berlin)

Internet:

- Schule gegen sexuelle Gewalt <http://dpaq.de/2HgMI>

Zu wenig Schul-Sozialarbeiter im Nordosten

Schwerin (dpa) – Tausende Schüler in Mecklenburg-Vorpommern haben keinen Schulsozialarbeiter an ihrer Schule. An mehr als 100 Schulen im Land, darunter viele Grund- und einige Förderschulen, gibt es dafür keine Stelle, wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linke hervorgeht, die am 28. September veröffentlicht wurde. Die Gründe reichten von „kein Bedarf angezeigt“ bis „fehlende finanzielle Mittel“. An den Schulen des Landes arbeiten laut der Anfrage aktuell 351 Schulsozialarbeiter.

Die familienpolitische Sprecherin der Linke, Jacqueline Bernhardt, sprach von einer Unterversorgung. Vielen Kindern bleibe die außerunterrichtliche Begleitung und Förderung verwehrt. „Das ist alles andere als gerecht und chancengleich“, sagte sie.

Während die Zahl der mit EU-Geld geförderten Stellen für Schulsozialarbeiter von 2016 zu 2017 leicht gestiegen sei, fielen die aus Restmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) finanzierten Stellen nach und nach weg, kritisierte Bernhardt. „Landesmittel werden eingesetzt, diese Stellen

sichern zu helfen und ein weiteres Wegbrechen aufzuhalten. Dies gelingt jedoch nicht in allen Fällen.“

Bernhardt kritisierte auch die Befristung vieler Jobs, die oft nur ein Jahr weit reiche. Sozialpädagogische Arbeit sei Beziehungsarbeit, sagte sie. Die Befristung führe zu Unsicherheit und Stress.

Internet:

- Kleine Anfrage und Antwort <http://dpaq.de/dRMbP>

Mehr Geld für Thüringer Regelschullehrer

Erfurt (dpa) – Thüringer Regelschullehrer bekommen rückwirkend zum Januar diesen Jahres mehr Geld. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beschloss das Parlament am 28. September mit den Stimmen der rot-rot-grünen Regierungskoalition. Die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und AfD stimmten dagegen. Das nun beschlossene Gesetz sieht vor, dass Regelschullehrer rückwirkend zum Januar rund 255 Euro monatlich mehr bekommen. In einem zweiten Schritt sollen die Gehälter dann Mitte 2019 auf die Besoldungsstufe A13/E13 angehoben werden. Diese Erhöhung soll ab Januar 2020 gelten.

Damit würden Thüringer Regelschullehrer genauso viel verdienen wie ihre Kollegen an den Gymnasien. Im Vergleich zum jetzigen Gehalt würde dies ein Plus von rund 500 Euro monatlich bedeuten.

Bremer Senatorin nimmt Inklusionskinder vom Gymnasium

Bremen (dpa) – Trotz einer gescheiterten Klage muss ein Bremer Gymnasium zunächst keine Inklusionskinder mehr unterrichten. Bremens Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) teilte am 21. September mit, die drei betroffenen Inklusionskinder werden spätestens nach den Herbstferien auf andere Schulen gehen. Die Schulen hätten angeboten, die Kinder mit geistiger Behinderung individuell zu fördern. „Die Kinder stehen für mich im Mittelpunkt, die Situation darf sich nicht nachteilig auf ihre Förderung und ihr Wohlbefinden auswirken“, betonte Bogedan. Die Kinder besuchten seit August das Gymnasium Horn.

Die Maßnahme bedeute nicht, dass die Inklusion an Gymnasien gescheitert sei. Das Gymnasium Horn habe nun Zeit, eine gute Inklusionsbeschulung zum Schuljahr 2019/20 vorzubereiten, sagte die Senatorin. Die Schulleiterin des Gymnasiums hatte gegen die angeordnete Einrichtung einer

Klasse mit 19 regulären Schülern und 5 Kindern mit körperlicher oder geistiger Behinderung vor dem Verwaltungsgericht geklagt – und war damit gescheitert. Die Klägerin hatte argumentiert, eine inklusive Beschulung von behinderten Schülern an einem Gymnasium widerspreche der Konzeption dieser Schulform.

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/3UCVs>

Brandenburg kehrt zur Fibel-Methode zurück

Potsdam (dpa) – Alle Brandenburger Grundschüler lernen vom kommenden Schuljahr an wieder nach der Fibel-Methode Lesen und Schreiben. Andere Methoden wie das umstrittene „Lesen durch Schreiben“ oder die „Rechtschreibwerkstatt“ werden dann nicht mehr angewandt, kündigte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) am 26. September in Potsdam an. Das Ministerium werde die Umsetzung kontrollieren.

Kürzlich war eine Studie veröffentlicht worden, wonach Grundschüler deutlich besser abschnitten, wenn sie mit der Fibel lernen. Beim kritisierten Schreiben nach Gehör kämen zum Teil abenteuerliche Schreibweisen zustande wie Mutta, Fata oder Kint – für Mutter, Vater oder Kind.

Ernst, die vor einem Jahr ihr Amt antrat, hat nun einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt, um Kindern richtiges Lesen und Schreiben gleich vom ersten Schultag an beizubringen.

Nach dem 2017 veröffentlichten Bildungstrend 2016 liegen die Leistungen der märkischen Grundschüler im Mittelfeld. Doch 12,5 Prozent der Mädchen und Jungen der 1. bis 4. Klasse weisen nur den Mindeststandard im Lesen und 23,2 Prozent in der Rechtschreibung vor.

Nur fünf Prozent der Schulen lehrten nach anderen Methoden

Überwiegend werden im Land die Fibeln nach ihrer Kenntnis bereits genutzt, sagte Ernst. Genaue Untersuchungen liegen nach den Angaben aber nicht vor. Nach einer älteren Erhebung seien es etwa 5 Prozent der Schulen im Land, die die beiden anderen Methoden nutzen.

In allen Schulen sollen künftig verbindliche Lernzeiten organisiert werden, wo das Lesen und Schreiben geübt werden. Bei der Fibel-Methode werden Buchstaben und Wörter schrittweise und nach festen Vorgaben zunächst einfach eingeführt und komplexer erläutert.

Ernst will erreichen, dass die Leistungen in Orthografie, Grammatik und Zeichensetzung auch in anderen Fächern prinzipiell korrigiert werden.

„Wenn das in den Arbeiten nicht in Ordnung ist, kann die Note bis zu zwei Punkte abgewertet werden“, sagte sie.

Gudrun Janicke (Potsdam)

Niedersachsen will 1300 neue Lehrer einstellen

Celle (dpa) – Niedersachsen will zum neuen Schulhalbjahr 1300 neue Lehrer einstellen. „Damit können wir zwei Ziele erfüllen: Jede von den 750 Lehrkräften, die ausscheiden, kann ersetzt werden. Und jeder Absolvent einer Lehrerausbildung erhält ein Angebot – das ist de facto eine Einstellungsgarantie“, sagte Tonne am 26. September in Celle bei der Herbsttagung des Schulleitungsverbandes.

Zum Start des neuen Schuljahres im August hatte das Land 2000 neue Lehrerstellen ausgeschrieben. Davon konnten 1932 besetzt werden, darunter 247 mit Quereinsteigern. Nach den Worten des Ministers hat die Quote der Besetzungen mit 96 Prozent der ausgeschrieben Stellen die Erwartungen übertroffen. Insgesamt sei es im Jahr 2018 gelungen, rund 3000 neue Lehrkräfte einzustellen. Dies seien 600 mehr, als seit Jahresbeginn aus dem Schuldienst ausgeschieden seien.

Nach Prognosen des Kultusministeriums wird die Unterrichtsversorgung in diesem Schuljahr bei 99 Prozent liegen. Im abgelaufenen Schuljahr betrug der Wert 98,7 Prozent. Die Unterrichtsversorgung gibt an, zu welchem Prozentsatz der vorgesehene Unterricht und zusätzliche Lehrerstunden für Inklusion, Ganztagschule und Sprachförderung abgedeckt werden können. Der kurzfristige Ausfall von Schulstunden wegen der Erkrankung von Lehrern ist in dem Wert nicht eingerechnet.

Nach Angaben des FDP-Bildungsexperten Björn Försterling fehlen dem Land derzeit rund 700 Lehrkräfte, um eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent zu gewährleisten. Auch mit der jetzt angekündigten Neueinstellung von 1300 Lehrkräften werde dieser Wert nicht erreicht.

VORSCHULE

Eltern in Sch-H: Dauerhaft Geld vom Bund

Kiel (dpa) – Die Eltern von Kita-Kindern in Schleswig-Holstein verlangen vom Bund ein dauerhaftes finanzielles Engagement für die frühkindliche Erziehung. Diese müsse den Stellenwert bekommen, der ihr zukommt, sagte der Vorsitzende der Landeselternvertretung, Axel Brieger, der Deutschen Presse-Agentur. Bei einem gemeinsam mit der Bundeselternvertretung am 22. September in Kiel veranstalteten Bundeskongress ging es aber auch darum, den Dialog mit der Politik zu verbessern. An dem Kongress nahmen außer Eltern und Vertretern von Kita-Leitungen auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) und Landesminister Heiner Garg (FDP) teil.

Die Kosten für die frühkindliche Bildung sollten auf alle öffentlichen Hände verteilt werden, sagte Brieger. Langfristiges Ziel müsse eine kostenlose Bildung bis zum Eintritt ins Berufsleben sein.

Landesminister Garg kritisierte die zeitliche Begrenzung des kürzlich vom Bund beschlossenen Gute-Kita-Gesetzes. „Qualität rauf, Beiträge runter sind für mich zentrale Ziele“, sagte Garg. Die Landesregierung will die Elternbeiträge für Kitas ab 1. August 2020 auf einen landeseinheitlichen Betrag deckeln – in welcher Höhe, ist noch unklar. Bisher sind im Norden bei großen regionalen Differenzen bis zu 800 Euro und mehr zu zahlen. Auch soll die Sozialstaffel landesweit vereinheitlicht werden.

Ziel sei es, gleichwertige Lebensverhältnisse im Land herzustellen und extreme Abweichungen der Elternbeiträge zwischen den Gemeinden sowie Ungerechtigkeiten zu beseitigen, sagte Garg. Die Landesregierung stellt von 2018 bis 2022 zusätzlich 481 Millionen Euro bereit, um die Qualität an den Kitas zu verbessern sowie Eltern und Kommunen zu entlasten.

Für 10 000 Kinder in S-A keine Kita-Beiträge

Magdeburg (dpa) – Nach den Plänen der Landesregierung in Sachsen-Anhalt sollen von 2019 an für 10 000 Kita-Kinder im Land keine Beiträge mehr anfallen. Das rechnete Sozialministerin Petra Grimm-Benne am 27. September im Magdeburger Landtag vor. Die SPD-Ministerin legte einen Gesetzentwurf vor, nach dem Eltern mit mehreren Kindern im Kita-Alter nur noch für das älteste Beiträge zahlen müssen. Weil die Familien so monatlich Geld sparen, profitierten indirekt auch 60 000 Geschwisterkinder, sagte Grimm-Benne. Die schwarz-rot-grüne Regierung hatte lange um neue Regeln für die Kinderbetreuung gerungen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - VORSCHULE

So sollen künftig alle Eltern einen Anspruch auf acht Stunden Betreuung haben. Wer wegen seines Jobs, der Pflege von Angehörigen oder wegen einer Ausbildung einen Zehn-Stunden-Platz für seine Kinder braucht, soll unkompliziert aufstocken können. Zudem will die Regierung den Personalschlüssel in den Kitas verbessern und einen Puffer für Krankheitsausfälle mitfinanzieren.

Aus Sicht der Opposition geht das Gesetz nicht weit genug. Der Beitrag entfalle bei den jetzigen Plänen nur für 7,5 Prozent der betreuten Kinder, sagte die Linke-Abgeordnete Monika Hohmann. Für den Rest müsse weiterhin gezahlt werden. Die anderen Maßnahmen entlasteten die Erzieherinnen rechnerisch nur um 15 Minuten pro Tag.

Die AfD forderte, die Kita-Betreuung für Eltern komplett beitragsfrei zu stellen. Der Abgeordnete Tobias Rausch nannte den Entwurf „einen Schritt in die richtige Richtung“. Die Pläne werden in den nächsten Monaten im Landtag beraten, ehe das fertige Gesetz beschlossen wird.

Internet:

- Gesetzentwurf zum Kinderförderungsgesetz <http://dpaq.de/iPRuX>

SPD: Bayern muss Personalmangel in Kitas bekämpfen

München (dpa) – Die Landtags-SPD fordert von der Regierung, den drohenden massiven Fachkräftemangel in bayerischen Kitas und Kindergärten entschlossener zu bekämpfen. „Der enorme Personalmangel in den bayerischen Kitas bringt die Beschäftigten regelmäßig an ihre Belastungsgrenze. Der Freistaat muss deshalb dringend in mehr Personal investieren und die Arbeitsbedingungen verbessern“, sagte die SPD-Politikerin Doris Rauscher am 25. September in München.

Das Sozialministerium selbst schätzt, das „unter Berücksichtigung des weiteren quantitativen und qualitativen Ausbaus der Kinderbetreuung sowie der Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern“ in den nächsten fünf Jahren zusätzlich 19 400 Fachkräfte benötigt werden, also etwa Erzieher oder Sozialpädagogen.

Zusätzlich gebraucht werden rund 10 000 „Ergänzungskräfte“ (etwa Kinderpfleger), wie aus einer Antwort des Sozialministeriums auf eine SPD-Anfrage hervorgeht.

TERMINE

Oktober 2018

01. Beginn des berufsbegleitenden Zertifikatskurses „Nachhaltige Entwicklung“, Universität Rostock, Rostock, Info: <http://dpaq.de/ISzFH> , (bis 31.3.19)
01. Kongress zum Thema „Bach bearbeitet: vor Bach – Bach und seine Zeit – nach Bach“, Universität Tübingen, Tübingen, Info: +49 7071/2972340, (bis 3.)
01. Fachtagung zum Thema „best2 – besser geht´s nicht? Inklusion an Hochschulen gemeinsam voranbringen“, Deutsches Studentenwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/6FYvQ> , (bis 2.)
03. Kongress zum Thema „Weltminute und Konstellation – Literarische Epochenkonstellation im interkulturellen Vergleich“, Universität Tübingen, Tübingen, Info: +49 7071/2972799, (bis 7.)
04. Internationale Woche der Gemeinschaftsgüter zum Thema „Wem gehört die Welt? – 50 Jahre Forschung zu Gemeinschaftsgütern“. Den europäischen Teil organisiert Prof. Insa Theesfeld, Universität Halle-Wittenberg, Info: <http://dpaq.de/1WqTs> , (bis 12.)
04. Jugendkonferenz youcoN zum Thema „Gemeinsam.Zukunft.Leben!“, Stiftung Bildung, Wolfsburg, Info: <http://dpaq.de/6upaW> , (bis 7.)
05. Jahreskonferenz des Forschungszentrums Historische Geisteswissenschaften zum Thema „50 Jahre 68. Eine globale Revolution bewegt(e) Frankfurt“, Universität Frankfurt, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/F1OYW> , (bis 6.)
05. Tag des forschenden Lernens, Universität Rostock, Rostock, Info: <http://dpaq.de/3BWL6>
08. Eröffnung der Fraunhofer-Erlebniswelt #Zukunftsarbeit, Beitrag der Fraunhofer-Gesellschaft zum BMBF-Wissenschaftsjahr „Arbeitswelten der Zukunft“, Berlin, Info: <http://dpaq.de/csSqC> , (bis 12.)
08. Tagung zum Thema „Aus Sicht des multilingualen Kindes: Linguistische Theorie, Sprachgebrauch und Sprachstrategien innerhalb und außerhalb der Schule“, Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: +49 202/439-2160, (bis 10.)
08. Herbst-Uni für Schülerinnen und Schüler zum Kennenlernen von Studiengängen in Ingenieur- und naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, Universität Magdeburg, Magdeburg, Info: <http://dpaq.de/elc6U> , (bis 12.)
08. Chemie-Schnupperkurse für Schülerinnen, Universität Göttingen Göttingen, Info: <http://dpaq.de/lxf0U> , (bis 10.)
09. Praxisphasentag 2018 zum Thema „Lerngelegenheiten schaffen“, Freiburg Advanced Center of Education, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/kZqkM>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - TERMINE

09. Podiumsdiskussion mit Konzert zum Thema „Klangwelten: Wie mächtig ist das Hören?“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/4wH53>
10. Konferenz mit Workshops zum Thema „Prämissen und Anspruchsgruppen der roten und grünen Genomeditierung“, Universität Halle-Wittenberg und Museum für Naturkunde Berlin, Halle, Info: <http://dpaq.de/42XOY> , (bis 11.)
10. Vortrag zum Thema „Educational Systems and the Core Tasks of Schooling: Social Mobility, Work, and Civic Engagement, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/FWFRI>
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
13. Studien-Infotag „Startschuss Abi“, , e-fellows.net, Stuttgart, Info: <http://dpaq.de/8Z37w>
16. Vortrag zum Thema „Data Science, Philology And Society“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/BH1Pi>
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis19..)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
18. Internationaler interdisziplinärer Kongress zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen in der Entwicklung zur inklusiven Hochschule“, Pädagogische Hochschule Salzburg, Salzburg, Info: <http://dpaq.de/K4vrT> , (bis 19.)
23. Kongress zum Thema „Zwischen Sprachen und Kulturen: Moderne hebräische und jiddische Literatur im östlichen Europa“, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Leipzig, Info: +49 341/21735-50, (bis 25.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zgXGK>
26. Internationale Tagung zum Thema “Failing Identities, Schools and Migrations – Teaching in (Trans-)National Constellations, Universität Bremen, Bremen, Info: <http://dpaq.de/3sA1Z> , (bis 28.)
27. Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2018 an Terézia Mora und Verleihung des Sigmund-Freud-Preises 2018 an Wolfgang Kemp, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/Jne0t>

November 2018

06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: +49 (0) 228 887-153

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - TERMINE

- 07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
- 07. 4. Science Slam „Wissenschaft auf die Bühne“, Universität Erfurt, Erfurt, Info: <http://dpaq.de/0Kugk>
- 08. Verhalten in digitalen Umgebungen. Workshop über aktuelle Trends in der Computational Social Science, Sozialwissenschaftliches Methodenzentrum, Universität Bremen und DFG, Bremen, Info: <http://dpaq.de/OfIYC> , (bis 10.)
- 09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>
- 09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulumensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oytten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>
- 11. 14. Deutsche Konferenz zur Chemieinformatik, Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Mainz, Info: <http://dpaq.de/cUBqj> , (bis 13.)
- 14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
- 16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
- 17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
- 19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
- 21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
- 21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
- 29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)
- 29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

Dezember 2018

- 04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
- 05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - TERMINE

06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen – Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Fördermilliarden für 34 Universitäten	2
Studie: Geringqualifizierte und Arme bilden sich selten weiter	4
Digitalpakt des Bundes wackelt im Bundestag.....	5
Lehrer: Nachholbedarf bei Digital-Ausstattung.....	7
Vermarktung von Kindern im Netz nimmt zu	7
Ist der Musikunterricht an Schulen in Gefahr?	9
Studie: Mehr Bewegung verbessert Leistungen	10

KULTURPOLITIK

Oper Frankfurt erneut „Opernhaus des Jahres“	11
Nächster Akt des Nobelpreis-Dramas	12
Gelder für Einheitsdenkmal freigegeben	14
„Forum Wissen“ entsteht in Göttingen	15
Frankfurter Buchmesse will rechte Verlage besser kontrollieren	16
Künstlerhaus Wiepersdorf wird Landesstiftung	17

BERUF UND WEITERBILDUNG

Millionen Deutsche verdienen nur Niedriglöhne	18
Breites Bündnis in Bayern für die Weiterbildung	19
Gewerkschaften werben auch in Sachsen für Weiterbildung	20
Umfrage: Fachkräftemangel immer größeres Wachstumshindernis	21

FORSCHUNGSPOLITIK

Deutschlands schnellster Rechner gestartet	22
Ist 1,5-Grad-Klimaerwärmungs-Ziel zu halten?	23
Alt, männlich, amerikanisch – Wann gibt es andere Nobelpreisträger?	25
Forscher züchten neue Knochen aus Resten	27
Neues Krebsforschungszentrum in Frankfurt	28
Kieler Forscher suchen Süßwasser-Quellen unter dem Mittelmeer	29

HOCHSCHULE

Nur wenig kranke Studenten beantragen Hilfe.....	30
Ministerin Bauer bleibt trotz Vorwurfs der „Lüge“ im Amt	31
GEW fordert weiteren Hochschulpakt	32
Uni Kassel baut Forschungscampus aus	33
Uni Göttingen übernimmt 60 Kubikmeter Grass-Archivalien	33
Merkel wird Ehrendoktor der Universität Haifa	34
TU München: 30 neue Professuren für Luft- und Raumfahrt	34

SCHULE

Berlin fördert Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Schulen	35
Zu wenig Schul-Sozialarbeiter im Nordosten	36
Mehr Geld für Thüringer Regelschullehrer	37
Bremer Senatorin nimmt Inklusionskinder vom Gymnasium	37

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 40/2018 01..Oktober 2018 - INHALT (GESAMT)

Brandenburg kehrt zur Fibel-Methode zurück	38
Niedersachsen will 1300 neue Lehrer einstellen	39
VORSCHULE	
Eltern in Sch-H: Dauerhaft Geld vom Bund	40
Für 10 000 Kinder in S-A keine Kita-Beiträge	40
SPD: Bayern muss Personalmangel in Kitas bekämpfen	41
TERMINE	42
INHALT (GESAMT)	46

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.